

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 17. Februar 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren

beträgt für die sechsgepolte Kolonette oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Insetrate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Kreisverleger: Rmf 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Englands Politik in Zentralasien.

Ueber den indischen Grenzkrieg wurde die Adressdebatte am Dienstag im Unterhaus fortgesetzt. Dabei gab die Regierung sehr bemerkenswerthe Erklärungen über ihre Politik in Zentralasien ab. Offen rückte sie nunmehr mit den Plänen hervor, die sie durch den Feldzug gegen die Stämme in den indisch-afghanischen Grenzgebirgen verfolgt hat und die sie, wie sie verkündigt, mit Nachdruck weiter zu verfolgen gedenkt.

Alsquith unterstützte das Watson'sche Amendement, welches die dauernde Besetzung von Tschitral und die Aufrechterhaltung von Festungen im Gebiet der unabhängigen Stämme mißbilligt und Achtung vor der Unabhängigkeit der Grenzstämme fordert. Er fragte, was der Zweck des Krieges sei, der hauptsächlich dem Entschluß der Regierung zuzuschreiben sei, in Tschitral zu bleiben und eine dauernde Heerstraße dorthin zu errichten. Der Premier schloß, indem er die Behauptung, die Vorwärts-Politik sei den Abmachungen der liberalen Regierung mit Rußland und Afghanistan zuzuschreiben, zurückwies, und die Politik der jetzigen Regierung als Verletzung einer gefundenen Politik tadelte. (Weisfall.) Unterstaatssekretär Curzon weist in seiner Antwort die Bezeichnung eines Vertrauensbruches gegen die Grenzstämme zurück, da die Stämme die Besetzung Tschitrals gar nicht als Vertrauensbruch angesehen haben. Abgesehen davon, daß die Zivil- und Militärbehörden die Besetzung unterstützten, sei dies auch aus anderen Gründen erwünscht gewesen. Ohne das leiseste Mißtrauen auszudrücken gegen Rußlands guten Glauben betreffs des Wunsches, seinen Grenz-Verpflichtungen nachzukommen, können doch die Umstände für Rußland zu mächtig sein; schon bei zwei Gelegenheiten hätten russische Agenten die englische Einflußsphäre überschritten, in einem Falle hätten sie einen Vertrag mit einem unter britischem Schutze stehenden Häuptling abgeschlossen. Rußlands bona fides (guter Glaube) habe die Entsendung einer geheimen Botschaft nach Kabul nicht verhindert, ebenso wenig den Abschluß eines geheimen Vertrages. So loyal Rußland auch wünschen mag, die eingegangenen Verträge zu halten, es würde ihm unmöglich sein, falls eine Lücke in der Grenze auf der englischen Seite vorhanden wäre. Rußland sei jetzt an der Grenze Afghanistans, die England zu verteidigen verpflichtet sei; die Regierung müsse daher der Kommunikation mit der Grenze sicher sein. Ein Zurückweichen würde überdies von den Stämmen und von Indien als Schwäche gedeutet werden. England aber wolle die Stämme freundlich kontrollieren und hoffe, dieselben werden seine Uniform gerne tragen und künftig in der Frontlinie der englischen Verteidigung stehen. (Weisfall.)

Darauf nahm Sir William Harcourt, der Führer der liberalen Opposition, das Wort. Er beklagte den indischen Grenzkrieg, der von unheilvollen Folgen für das indische Volk sei, indem er dasselbe seinen produktiven Arbeiten entziehe. Er behaupte, daß England keinen Theil der Lasten trägt. Der erste Lord des Schach's Balfour erwiderte, die Politik der Opposition scheine dahin zu gehen, daß man die Kontrolle über die Grenzstämme aufgeben solle. Das sei jedoch eine unmögliche Politik, eine Politik, die mit Englands Vertragsverpflichtungen unvereinbar sei. Sich selbst überlassen, würden die Grenzstämme im Falle einer Invasion sich dem Einfallenden anschließen. Das Amendement Walton wurde hierauf mit 311 gegen 208 Stimmen abgelehnt.

Genau eine sehr ansehnliche Opposition hat also die Vorwärts-Politik im Unterhaus gefügt. Und die englische Regierung hat klarer wie je die Ziele dieser Politik in Zentralasien enthüllt. Sie erklärt laut und offen, daß England seine Hand auf Afghanistan legen will, daß es die Grenzstämme seiner Botmäßigkeit unterordnen, in seine Uniformen stecken und zu englischen Vorposten gegen russische Einbruchsabsichten machen wolle. England verfolgt diese Pläne, weil es befürchtet, daß ohne ihre Verwirklichung sein indischer Besitz stets im höchsten Maße gefährdet bleiben würde. Aber die Durchführung derselben ist keine leichte Sache, wie der letzte unglückliche Feldzug gegen die Afridis, Mohmands und andere der unabhängigen Grenzstämme bewiesen hat. Dazu kommt die stets zweifelhafte Stellung des Emir's von Afghanistan, der zwar durch seine Neutralität während des letzten Feldzuges den Engländern sehr gute Dienste geleistet, aber doch, wie Herr Curzon mittheilte, einen Geheimvertrag auch mit Rußland abgeschlossen hat.

Jedenfalls steht also zu erwarten, daß der indische Grenzkrieg, sobald die Schneeschmelze gekommen sein wird, mit vermehrter Energie fortgeführt werden wird.

Hatte sich die britische Politik in den chinesischen Angelegenheiten während der letzten Monate sehr vorsichtig und zurückhaltend gezeigt, so tritt sie in der nordwest-indischen Grenzfrage um so schärfer, ja fast herausfordernd gegen den russischen Rivalen auf!

Politische Uebersicht.

Berlin, 16. Februar.

Zur preussischen Abgeordnetenhausung brachten heute wieder einmal die Hausagrarier ihre oft gehörten Klagen vor. Zur Beratung stand ein Antrag Wegerbusch (ref.), betreffend Ab-

änderung der Bestimmungen über das Kommunalabgaben-Gesetz bezüglich der Verteilung der Kommunalabgaben auf die Realsteuern und die Einkommensteuer im Sinne einer Erleichterung des Haus- und Grundbesitzes, in Verbindung mit einem vom Abg. Riez (3.) und Genossen eingebrachten Gesetzentwurf, welcher sich in demselben Sinne bewegt, aber etwas weiter geht und genauer formuliert ist als der freikonservative Antrag. Beide Anträge wurden nach unerheblicher Debatte, trotz der durchaus ablehnenden Stellung der Regierungsvorsteher, einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Morgen wird die Staatsberatung mit dem Etat der Forstverwaltung und dem des Ministeriums des Innern fortgesetzt.

Die Ansichten der Flottenvorlage. Die „National-liberale Korrespondenz“ schreibt:

„Sicherem Vernehmen nach ist den marinesfreundlichen Elementen im Zentrum nicht gelungen, für die gesicherte Sicherung des von der Regierung als unerlässlich bezeichneten Flottenmindestbestandes eine ausgiebige Anzahl von Fraktionsmitgliedern zu gewinnen. Darüber, daß die Regierung, nachdem sie vor breiterer Öffentlichkeit die Bedürfnisse des Reiches zur See dargelegt, auf dem Flottengesetz bestehen muß und auch bestehen wird, ist man auch im Zentrum unterrichtet. Bezeichnend für die Situation ist, daß schon jetzt nicht nur auf demokratischer, sondern auch auf extrem-agrarischer Seite mit Mißbehagen die Konsequenzen erörtert werden, die sich aus diesen Verhältnissen ergeben.“

Diese Auffassung der für das Flottengesetz begeisterten „Nationalliberalen Korrespondenz“ ist sehr mit Vorsicht anzunehmen. Sie ist nur dazu bestimmt, die Abgeordneten der Zentrums-Partei einzuschüchtern. Die Nationalliberalen thun so, als ob die Regierung lieber zur Auflösung des Reichstages schreiten werde, als vom Flottengesetz etwas abhandeln zu lassen.

Dahinter steckt aber lediglich die eigene Furcht der Nationalliberalen vor einer Reichstags-Auflösung. Wir wüßten nicht, wo auf demokratischer Seite die Konsequenzen einer Ablehnung des Flottengesetzes „mit Mißbehagen“ erörtert worden wären.

Wir wissen aber wohl, wie unangenehm es einem großen Theil der Nationalliberalen wäre, wenn sie mit ihren agrarischen Widerpartnern gemeinsam für das Flottengesetz streiten sollten.

Wir sind überzeugt, die Regierung wird den Wünschen des Zentrums entgegenkommen. Hat doch Herr Tirpitz schon bei der ersten Beratung des Flottengesetzes die Erwägung der Lieber'schen Anregungen zugesagt und ist das doch der Regierung so überaus leicht gemacht worden, dem Zentrum entgegenzukommen, da die Forderungen dieser Partei bezüglich des Flottengesetzes kaum der Rede werth sind.

Ebenso leicht, wie es aber für die Regierung wäre, dem Zentrum durch einige Scheinkonzessionen die Vorlage annehmbar zu machen, ebenso schwer würde es ihr werden, lediglich wegen dieser nur scheinbaren oder jedenfalls geringen Differenzen einen Wahlkampf zu führen.

Das Zentrum hätte in diesem Wahlkampfe sicherlich eine recht günstige Position. Seine marinesfreundlichen Anhänger verweist es auf sein großes Entgegenkommen, auf die Bereitwilligkeit, alle Schiffe zu bewilligen. Seine marinegegnerischen Anhänger verweist es auf seine angebliche Opposition gegen Bindung des Staatsrechts des Reichstages und gegen die Schaffung neuer indirekter Steuern.

Und noch weit besser wäre die Situation der weiter links stehenden Parteien. Wir trauen der Regierung daher nicht die Leichtgläubigkeit zu, welche die „Nationallib. Korresp.“ andeutet. Sie würde einen Reichstag bekommen, der ihr noch weit weniger das Septennat und Aeternat gewähren würde als der jetzige! —

Das Zentrum und das Sammelprogramm.

Im Mittelpunkt der nach Miquel'schem Recepte zu sammelnden „nationalen Elemente“ steht das Agrarierthum und dies Agrarierthum weiß, daß zum vollen Siege einer Sammelpolitik nach seinem Sinne die Untergrabung des Zentrums thumes nöthig ist. Reherzigt der „Bund der Landwirthe“ auch sonder Widerstand die konservative Partei und die Antisemiten und gelingt es ihm auch, die Nationalliberalen zum großen Theil unter sein Joch zu spannen, so können seine wirtschaftlichen Pläne doch nicht durchgeführt werden, so lange das Zentrum im ihnen ablehnend gegenübersteht. Es muß darum einer der heißesten Wünsche dieser um Plöz sein, das Zentrum ähnlich zu zerlegen und zu zerlegen, wie es mit den Nationalliberalen bereits in hohem Maße gelang.

Aber das Zentrum ist klüger und vorsichtiger als die Nationalliberalen, die durch ängstliche Nachgiebigkeit gegenüber den agrarischen Dreistigkeiten sich selbst in die böse Situation gebracht haben, in der sie jetzt rathlos und sorgenvoll drinstecken. Das Zentrum hat es bisher noch immer verstanden, die agrarischen Regungen in seinen Anhängerkreisen zu befriedigen und doch die Partei-Einheit zu wahren.

Und so will sich das Zentrum auch jetzt nicht von dem Lockruf der Sammelpolitik auf den Veim führen lassen. Zu Fiskus Busch wurde erklärt, daß der Bund nicht im mindesten seinen Anhängern nach der Zugehörigkeit zu einer Partei und noch weniger nach ihrem religiösen Bekenntniß frage. Kechnlich läßt sich die „Korrespondenz des Bundes der Landwirthe“ in ihrer neuesten Nummer ans. Der Bund nehme, so heißt es da, zu den spezifisch katholischen Forderungen, wie den Fragen der Parität und der Aufhebung des Jesuiten-gesetzes, überhaupt keine Stellung, und weiter sagt die genannte „Korrespondenz“:

„Unsere katholischen Mitglieder werden uns das Zeugnis geben, daß wir weit entfernt sind, ihre religiösen Gefühle zu verletzen und daß die Presse des Bundes sich von jeder Erörterung konfessioneller Fragen absolut fernhält. Wir treten ausschließlich dafür ein, daß der Landwirthschaft die ihr gebührende Stellung im wirtschaftlichen Leben unserer staatlichen Gemeinschaft zurückgegeben werde und hoffen, unter diesem Zeichen die deutschen Landwirthe beider Konfessionen zu sammeln.“

Aber die Zentrumsleute wollen diesen lieblichen Melodien nicht folgen. Die „Welt-Volks-Ztg.“ spricht vom „Wolf in Schafskleidern“ und weist die Sammelreue barsch von der Thür:

„Der „Bund der Landwirthe“ will gern die zum Zentrum haltenden Bauern der Zentrumsfrage weglassen, sie ins Bundesgarn locken; zu diesem Zwecke treibt er eine Heuchelei, über die ein vernünftiger Mann sich schon nicht mehr entrüsten kann — denn sie ist zu plump —, sondern die man einfach als lächerlich anerkennen muß. Wir erinnern nur an die bekannte „Milkäfer-Poesie“ der Herren Bündler, worin die Zentrumsleute, weil sie im Jahre 1895 gegen die dem Reichstage angemuthete Quation für den Fischen-Bismarck stimmten, als „Milkäfer“ bezeichnet wurden. Diese Erinnerung allein genügt vollständig.“

Nicht minder deutlich spricht sich das offizielle Organ der Zentrums-Partei aus. Der „Germania“ kommen einige Aeusserungen in der Rede, die der wunderliche Dr. Dertel über „Die Weltanschauung des Bundes der Landwirthe“ hielt, recht gelegen. Dr. Dertel hatte höhnend vom „Murmeln der Gebete“ und „dogmatischen Formelkram“ gesprochen. Dies bezieht die „Germania“ auf die katholische Religion und knüpft daran eine energische Absage gegen die Bündler:

„Wir möchten den katholischen Landwirth kennen lernen, der solche Gebärdlichkeiten wie „Murmeln der Gebete“ und „dogmatischer Formelkram“ billigen wird, und wir wiederholen: Wenn solche Beschimpfungen der katholischen Religion auf der Generalversammlung des Evangelischen Bundes — pardon des Bundes der Landwirthe möglich sind, dann kann und darf für einen katholischen Landwirth, der auf seine religiöse Ueberzeugung und seine Ehre hält, in einer solchen katholischen Gesellschaft kein Platz mehr sein! Und nun die zahlreichen „Zentrumsangehörigen“? Haben diese denn vergessen, daß am 29. November 1895 der erste Vorsteher des Bundes, Herr v. Plöz, in einer Bundesversammlung in Danzig öffentlich ausgerufen hat: „Das Zentrum muß gesprengt werden.“ Das ist die Politik der Sammlung des Bundes der Landwirthe“ und dazu sollten wirkliche Zentrumsangehörige mitwirken!“

Die Herren Bündler werden einsehen müssen, daß beim Zentrum und seinen Wählern kein großes Geschäft zu machen ist.

Und mit den Bündlern mag Herr Miquel trauern, der das Problem der politischen Quadratur des Kreises, das Einigen der Gegenläufe, zu lösen unternommen hat. —

Zur Situation in Ostasien. Den „Times“ wird aus Peking vom Dienstag gemeldet: Bei der heutigen Neujahrs-Audienz waren, entgegen anderslautenden Gerüchten, alle Gesandtschaften vollständig vertreten.

Ein halbamtliches Blatt in Yokohama schreibt: Die Nachricht, daß Japan sich weigere, den Termin der Zahlung der nächsten Rate der chinesischen Kriegsschuldigung hinauszuschieben, ist verfrüht. Die japanische Flotte manövriert noch in den heimischen Gewässern.

Aus Shanghai wird gemeldet: Der russische Gesandte verhandelte mit dem Tsungli-Yamen über die Eisenbahn im Süden der Mandchurie. Der Gesandte hat sehr heftige Klage darüber geführt, daß der chinesische Gesandte in Petersburg erklärt habe, nicht die nöthige Vollmacht zu besitzen, um über einen Vertrag zwischen Rußland und China zu verhandeln, während andererseits vom Tsungli-Yamen das Gegentheil erklärt worden ist. Der Jar soll über diese Handlungsweise sehr erzürnt sein. —

Deutsches Reich.

Herr von Bülow, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, hatte Anfang Januar den Rothen Adlerorden I. Klasse erhalten. Jetzt hat er auch das Eichenlaub dazu bekommen. Wenn der Herr Staatssekretär für jede Rede, die er im Reichstag über China oder Korea redet, eine Auszeichnung bekommt — und diese Annahme scheint nicht ganz unrichtig zu sein —, so kann er es noch weit bringen an Orden und Ehrenzeichen.

Ob dem Herrn Staatssekretär bei so viel Segen wohl Bedenken aufsteigen mögen? Nach plänselnden Anfängen und Guldigungen von allen Seiten ist schon manchmal ein wenig rühmliches Ende gefolgt. Besonders in Deutschland, wo auch Ministern und Staatssekretären allerlei „Pflichtigkeiten“ antommen.

Der ehemalige Kriegsminister General v. Rafflen-born-Stachau ist gestorben. —

Als er Minister war, wurde die zweijährige Dienstzeit eingeführt und der Präsenzstand der Armee um 70 000 Mann vermehrt. —

Auch unter Pobjednik's Regime hat man sich in der Reichs-Postverwaltung trotz der freundlichen Worte des neuen Staatssekretärs von den Maximen des Herrn v. Stephan nicht emanzipiren können; dies beweist ein neuer Gesak gegen das unabhägige aber dabei von Loyalität überfließende Postblatt, der „Deutsche Postbote“. Den im Bahnpost-Dienst beschäftigten Unterbeamten ist amtlich mitgetheilt worden, daß sie nicht weiter im Fahrdienst beschäftigt werden sollen, wenn sie in irgend einer Weise den „Deutschen Postboten“ weiter verbreiten, da der Inhalt des Blattes Unzufriedenheit bei den Unterbeamten erregen und unerfüllbare Hoffnungen erwecken soll.

Bei der Schlechtigkeit der Menschen, die es niemals zum Excellenztitel bringen werden, dürfte dieser Urinsbrief dem „Deutschen Postboten“ eher nügen als schaden. —

Der Verein der Steuer- und Wirtschafts-reformer hat die in unserer letzten Nummer mitgetheilte Reso-

Regierung gerichtet, in welcher die Revision der Anarchisten-Prozesse als unerlässlich bezeichnet wird.

Madrid, 16. Februar. Der Minister des Innern hat den Entwurf zur Begung eines Abkommens zwischen Spanien und Havanna gutgeheissen.

Türkei.

Konstantinopel, 16. Februar. Die Pforte beantwortete den letzten Schritt der Vorkämpfer dahin, dass die Okkupation der betreffenden thessalischen Dörfer Steuereintreibung bezweckt habe, welche berechtigt gewesen sei, da die betreffenden Dörfer innerhalb des Okkupationsgebietes liegen, wie auch die offiziellen Alibeyer Blätter anerkennen.

In der Kreta-Angelegenheit liegen die folgenden Mittheilungen vor: Rus Odessa wird gemeldet: Dem „Dreissigstündiger“ zufolge wird das zu dem Okkupationsdetachment auf Kreta gehörende erste Bataillon des 14. Schützenregiments im März nach Odessa zurückkehren.

„Daily Mail“ meldet aus Konstantinopel, dass die Vorschläge, einen provisorischen Gouverneur für Kreta zu ernennen, nicht aufgegeben worden sind. Man verhandelt über einen anderen Vorschlag, der dahin geht, dass die europäischen Mächte die Erlaubnis erhalten sollen, die Ordnung auf Kreta durchzuführen, sobald die türkischen Truppen die Insel verlassen haben.

Afrika.

Kalkuta, 12. Februar. Der Gesamtverlust der gegen die Afridis kämpfenden Truppen stellt sich vom 10. Juni bis zum 7. Februar auf 684 Tödtungen und 1233 Eingeborene. 43 britische Offiziere sind getödtet und 90 verwundet worden. 12 Soldaten werden vermisst. Vom Trophäen sind mehrere hundert getödtet. Die Vorbereitungen zum erneuten Angriff gegen die Afridis werden in aller Eile vollendet. Das Transportwesen ist jetzt in bester Ordnung gebracht worden. Die Bergstämme haben jetzt bis zum 23. d. M. zur Unterwerfung erhalten.

Amerika.

Washington, 15. Februar. Die gestern vom Repräsentantenhaus angenommene Resolution beantragt auch Vorlegung des Schiffwerts, der mit Deutschland wegen Fälschung von Weinen, die nach den Vereinigten Staaten exportiert werden, geführt worden ist.

Washington, 15. Febr. Wie im Senatdepartement bestimmt erklärt wird, hat dasselbe keinerlei Forderung auf Entschädigung oder Zurücknahme der in de Ome's Briefe gebrauchten Ausdrücke gestellt. Man habe einzig und allein vertraut auf das spanische Zeitungsblatt, das den peinlichen Eindruck beseitigen werde, den de Ome's Brief hervorgerufen habe. Es werde erwartet, dass Spanien im Laufe der nächsten Tage zu einer Desavouierung sich bereitstellen werde, wie die Umstände sie erheischen. Das Kabinett habe augenblicklich Meldungen aus Madrid entgegen, durch welche der Zwischenfall in einer für beide Länder befriedigenden Weise beendet werde.

New-York, 16. Februar. Die Hilfsfendung, die Ende voriger Woche von dem Hafen der Vereinigten Staaten in Florida nach Havana abgegangen ist, führt weitere 4-5000 Gewehre, 8000 Kilogramm Dynamit und 200 000 Patronen, sowie eine größere Menge Munition mit sich.

New-York, 16. Februar. Ein Telegramm aus Havana meldet: Gestern Abend erfolgte eine schreckliche Explosion an Bord des amerikanischen Kreuzers „Maine“. Viele Personen wurden getödtet oder verwundet. Die Ursache der Explosion ist nicht bekannt. Der Kreuzer soll ganz zerstört sein. Boote von dem spanischen Kreuzer „Alfonso XII.“ leisteten Hilfe.

Aus Washington wird über das fürchterliche Unglück telegraphirt:

Der Staatssekretär des Marineministeriums empfing ein Telegramm des Kapitäns der „Maine“, welches besagt: Die „Maine“ ist im Hafen von Havana um 9 Uhr 40 Minuten ausgeflogen und ist zerstört. Es sind viele Mann verwundet und die Zahl der durch die Explosion Getödteten und der Ertrunkenen ist ohne Zweifel noch beträchtlicher. Die Verwundeten und die übrigen Geretteten befinden sich an Bord eines spanischen Kriegsschiffes und eines amerikanischen Dampfers. Die öffentliche Meinung muß ihr Urtheil abgeben und weiteren Bericht abwarten. Es wird angenommen, dass sämtliche Offiziere der „Maine“ gerettet sind, obgleich noch zwei derselben fehlen. Mehrere spanische Offiziere und Vertreter des Generalgouverneurs Blanco sind bei mir, um mir ihre Theilnahme auszusprechen.

Aus Havana liegt die folgende telegraphische Meldung vor: Der Verlust an Menschenleben beim Untergang der „Maine“ ist noch nicht genau ermittelt. Es dürften über 100 Mann von der Besatzung todt oder verwundet sein. Um 11 1/2 Uhr abends brannte die „Maine“ noch. Kapitän Sigbee sagt aus, die Explosion habe im Bug stattgefunden; er würde am Kopfe leicht verletzt; er befahl den anderen Offizieren sich zu retten, so gut wie sie könnten. Der spanische Admiral Manterola beorderte eine Anzahl Boote zur Hilfe. General Blanco beauftragte die anderen Generale, die Hilfsleistung einzuleiten; Feuerboote fanden den aus Ufer geschafften Verwundeten bel.

Die Stimmung der Amerikaner gegen die Spanier wird durch dieses fürchterliche Ereigniß, über dessen Ursachen man sich in den Vereinigten Staaten mancherlei Gedanken machen dürfte, nicht verbessert werden.

In Zeichen der Handelsperre. Das Einfuhrverbot amerikanischen Obstes nach Deutschland hängt bereits an seine Mächte zu lösen. Die „Voss. Stg.“ schreibt hierzu: In den letzten Jahren war die Ankauf deutscher Garten- und Anpflanzungen recht bedeutend geworden. Besonders wurden deutsche Rosen wegen ihres Wohlgeruchs, durch den sie die meisten südlichen Arten übertrifft, sehr geschätzt. Nun ist auf drastischem Wege an Großgärtnern in der Umgegend Berlins, die neben dem Hanheimer Blumenhändlern hauptsächlich an der Lieferung theilhaftig waren, die Nachricht gekommen, daß auf weitere Sendungen Verzicht geleistet wird. Die Zahl der in den Vereinigten Staaten in Nordamerika aus Europa eingeführten oder drüben heimisch gewordenen Pflanzen wird von Sachkennern auf über 800 geschätzt. Davon stammen etwa 60 Arten aus Deutschland.

Abgeordnetenhause.

23. Sitzung vom 16. Februar 1898, 1 Uhr.

Im Regierungsrathe mehrere Kommissarien. Zur Beratung steht der Antrag Weyerbusch (fr.) auf Änderung des § 54 ff. des Kommunalabgaben-Gesetzes im Sinne einer Entlastung der Haus- und Grundbesitzer und der Gewerbetreibenden.

In Verbindung hiermit wird zugleich der Antrag Mies (3.) diskutiert, der die Annahme eines sich in derselben Richtung bewegenden Gesetzesentwurfes bezweckt. Abg. Weyerbusch bemerkt bei der Begründung seines Antrags, der bereits im vorigen Jahre das Haus beschäftigt hat, daß von der Seite der heutigen Bestimmungen gerade die kleinen Besitzer getroffen werden, die infolge der ihnen aufgebürdeten Steuerlast wirtschaftlich zu Grunde gehen.

Abg. Mies (3.) findet den Antrag Weyerbusch nicht weitgehend genug.

Regierungskommissar Geh. Rath Mies wendet sich zunächst gegen den Antrag Mies, der allerdings weiter geht, als der Antrag Weyerbusch und daher auch erschöpfender sei. Nur lasse er keine Gründe dafür erkennen, weshalb man den § 54, der neu in das Kommunalsteuer-Gesetz aufgenommen wurde, wieder beseitigen will. Man scheine zu übersehen, daß der Antrag jede Gemeinde, auch die, welche bisher mit ihrer Besteuerung ganz zufrieden war, nöthigt, andere Einrichtungen zu treffen. — Der Antrag reißt einzelne Bestimmungen des Gesetzes aus ihrem Zusammenhange und giebt ihnen eine nicht immer zutreffende Auslegung. Man muß gelinde Zweifel hegen, ob der Antrag Mies

überhaupt durchführbar ist. Wollte man ihn aber durchführen, so würde die Folge sein, daß die Einkommensteuer-Zuschläge ganz bedeutend in die Höhe gehen müßten; aus Anträgen, die die Regierung in verschiedenen Bezirken des Landes gemacht hat und aus den darauf erstatteten Berichten ist diese enorme Steigerung der Zuschläge zur Einkommensteuer mit Sicherheit zu erwarten bis zur Höhe von 1200-1600 pCt. (Bewegung), unter 800-500 pCt. würde keine Gemeinde wegstommen, viele würden aber 2000 pCt. Zuschlag erheben müssen. Gerade im Westen der Monarchie würde der Antrag ungebührliche Zustände herbeiführen. Dort würde schon ein mäßiges Einkommen von 2700 Mark, dessen Normalsteuersatz 52 M. beträgt, bei einem Zuschlage von 2000 pCt. durch die Steuer absorbtirt. Man könnte dann darüber nachdenken, wie die Steuer eingerichtet werden muß, um die Verschiedenheit des Einkommens auszugleichen. Wenn die Antragsteller auf ihren Antrag schreiben: „Unausführbar“, so würde ihnen niemand widersprechen können. Der Antrag Weyerbusch ist, soweit er eine Verringerung der Vorkämpfer über die Heranziehung zur Realsteuer verlangt, entbehrlich. Die Gemeinden können das selbst beschließen; das Genehmigungrecht des Ministeriums ist im Interesse der Gemeinden selbst unentbehrlich. Im übrigen sollte auch dieser Antrag undurchführbar sein.

Abg. Mies (natl.) hält die Anträge ebenfalls für theilweise zu weitgehend. Allerdings wird der kleine Grund- und Hausbesitzer heute durch die Kommunalsteuer schwer belastet; aber hierin läßt sich Verringerung schaffen, ohne so weitgehende Bestimmungen, wie sie in den Anträgen gefordert werden. Vielsach sind die hohen Kosten der Gemeinden aus losspieligen Anlagen entstanden, die zu errichten Sache des Staates gewesen wäre. Es scheint, als ob die Regierung — wie sie das jetzt bei Helgoland beweist — ihre Verpflichtungen künftig erfüllen wird, wobei ja nur der erste Anfang schreckt. (Zustimmung). Redner beantragt Kommissionsberatung.

Abg. Dr. Stastfelter (3.) glaubt, daß hinreichendes Material vorliege, welches eine Verringerung des Gesetzes gerathen erscheinen läßt. Die vom Regierungskommissar vorgebrachten Einzelfälle sind nicht entscheidend.

Regierungskommissar Geh. Rath Strug: Das Verhalten der Regierung in der Steuerfrage ist begründet in den früheren Beschlüssen des Hauses und in den Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts. Von den Grundbesitzern, die gegen die Bruttobesteuerung ankämpfen, wird immer das Prinzip der Abwälzbarkeit der Steuer übersehen. Es ist die Zeit noch zu kurz, um für eine Reform der Gesetzgebung das nötige Material zu sammeln. Die Lage der Hausbesitzer ist nach angestellten Ermittlungen durch das Kommunalsteuer-Gesetz nur in sechs Städten ungünstiger geworden, aber auch nicht einseitig, sondern in Verbindung mit einer gleichzeitigen Erhöhung der Einkommensteuer.

Abg. Winkler (l.) erklärt, daß seine Freunde in diesem wie im vorigen Jahre Gegner des Antrags sind. Es war die Absicht des Hauses, den Gemeinden die Realsteuer möglichst umfangreich zu überweisen. Allerdings mehren sich auch unter den Konservativen die Zweifel, ob die Voraussetzungen für diese Grundbestimmungen überall zutreffen; sie erschweren namentlich die Anstellung ländlicher Arbeiter.

Abg. v. Tobeneck (l.): Wir haben nicht ahnen können, daß die Verhältnisse in den Gemeinden sich so gestalten würden. Der Antrag Mies geht ja zu weit; dagegen können wir den Antrag Weyerbusch in einer Kommission beraten.

Abg. Ehlers (fr. Bg.) stimmt dem letzteren Vorschlage bei. Abg. v. Cünern (natl.) kann nicht finden, daß die Zeit für eine Reform zu kurz sei. Er schilbert die Ueberlastung der kleinen Hausbesitzer, die namentlich in kleinen Städten in ganz ungerechter Weise zur Steuer herangezogen werden. Man hätte die Grund- und Grundbesitzer ganz ausheben sollen und müßte für die Zulassung einer Getränkebesteuerung durch die Gemeinden die Wege bahnen und die hindernden Gesetzbestimmungen beseitigen. Regierungskommissar Mies: Mit einigen Getränkesteuern werde sich die Sache nicht erledigen lassen. Damit schließt die Debatte.

Nach Schlussworten der Abg. Dr. Arendt (fr.) für den Antrag Weyerbusch und Gerold (3.) für den Antrag Mies, gehen beide vorliegenden Anträge an eine besondere 1.er Kommission. Morgen (Donnerstag) 11 Uhr: Fortsetzung und Etat des Ministeriums des Innern. Schluß 5 Uhr.

Herrenhaus.

4. Sitzung vom 16. Februar, 2 Uhr.

Die Vorlage betreffend Aufhebung der Kautionspflicht der Staatsbeamten wird unverändert angenommen.

Die Vorlage betreffend das Auerbentrecht in Westfalen beantragt die Kommission ebenfalls, und zwar mit nur geringen Änderungen, anzunehmen. In der Generaldebatte beantragt Graf Kinkowskij, daß man von einer großen Agrarreform, von großen Maßnahmen, so der Entschuldung des Grundbesitzes, der Umwandlung der Kapitalschuld in Rentenschuld, und der Verhinderung der Weiterverfälschung noch immer nicht höre. In einer Zeit wüster, Thron und Altar angreifender sozialdemokratischer Agitationen müsse das Volk erst des Grundbesitzes um so mehr geschützt und geschützt werden.

Freiherr v. Turant ist mit dem Vordredner völlig einverstanden.

Minister v. Hammerstein beantwortet den Entwurf, der von dem agrarreformlichen Ernst der Regierung Zeugnis ablegt. Zur Regelung des Fideikommissensedenke die Regierung in nächster Zeit eine Vorlage einzubringen. Im übrigen dürfe bei der Agrarreform auch nicht mit Ueberstürzung vorgegangen werden.

Auf eine Anfrage des Fürsten Salm-Dorffmar bemerkt Minister Miquel: Die Aufgabe der Rentenabfindung sei am besten provinzialen Instituten zu übertragen. Der Minister vertheidigt dann noch das Auerbentrecht, welches keineswegs die Bauern in Pesseln schlage, wie Prof. Brentano gemeint habe.

Oberbürgermeister Bräseke verwarft sich gegen eine etwaige Uebertragung des Auerbentrechts nach dem Osten, speziell Ostpreußen, wo es keinesfalls Boden finden würde.

H. Hellhoff-Debra, für die Vorlage eintretend, betont, daß ja die Testirfreiheit gewahrt bleibe.

Oberbürgermeister Westerborg-Kassel führt aus, in seiner Heimatprovinz Hessen würde das Auerbentrecht jedenfalls niemals Boden fassen.

Minister Miquel giebt dies für Rurhessen als richtig an, nicht aber für Nassau.

Nach kurzer weiterer Debatte werden die §§ 1-10 an bloc angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird fast unverändert in der Fassung der Kommission angenommen und sodann das ganze Gesetz.

Das Haus wendet sich dann noch Petitionen zu. Bei einer solchen des Westpreussischen Städtetages um Abänderung des § 56 der Städte-Ordnung behufs Regelung der Anstellungsverhältnisse gewisser Klassen von Kommunalbeamten erklärt

Minister Miquel, er hoffe noch in dieser Session eine Vorlage darüber einbringen zu können.

Donnerstag 12 1/2 Uhr: Interpellation Boyers betr. den Unfall der Gräfin Pfeil auf dem Bahndamm bei Bries.

Parlamentarisches.

Budgetkommission. Zum Kapitel Natural-Verpflegung Titel 4b entfällt eine längere Debatte über die Verwertung des Zuckers für die Ernährung der Soldaten. Seitens der Militärverwaltung wird mitgetheilt, daß bei außerordentlichen Anstrengungen ein gewisses Quantum Zucker als Nahrungsmittel sich als vortheilhaft erwiesen habe. Abg. Müller-Sagan bestreitet, daß der Zucker eines der ausgiebigsten Nahrungsmittel sei und vor allen Dingen für die Arme nicht den Werth habe, den

namentlich der Graf Stolberg darin zu sehen glaubt. Der Titel wird bewilligt.

Die Kommission greift zurück auf Kap. 19, höhere Truppenbesetzung, das wegen der Verhinderung des Kriegsministers zurückgestellt worden war. In demselben wird das Gehalt für einen General-Zuspektur der Kavallerie und für einen General-Zuspektur der Fuß-Artillerie und Feld-Artillerie gefordert. Auf Wunsch der Referenten ergreifen der General-Major v. Boed und der Kriegsminister das Wort, um in ausführlichen Reden die Nothwendigkeit der neuen Stellen zu begründen. Abg. von Nassow: Seine Parteigenossen seien bisher nicht geneigt gewesen, den geforderten Stellen zuzustimmen, weil sie die Einrichtung nicht für zweckmäßig hielten, er sei für seine Person nach dem Gehörten anderer Meinung geworden. Abg. Lieber erklärt sich vollkommen überzeugt von der Nothwendigkeit der neugeplanten Organisation und bedauert nur, daß man draußen nicht sagen dürfe, was man in der Kommission gehört. Seine politischen Freunde würden die Forderungen bewilligen. Abg. Wackerbarth spricht sich in gleichem Sinne aus. Abg. Müller-Sagan erklärt sich gegen die Bewilligung, wünscht Auskunft über die Anstellung von Kavalleriemassen an der Grenze und die Wirkung der neuen Feuerwaffen. Der Kriegsminister beantwortet diese Fragen. Abg. Frese erklärt sich für die Forderung. Abg. Graf Karner und Abg. Graf Stolberg sprechen sich im gleichen Sinne wie der Vordredner aus. Abg. Graf Koch ist zwar nicht ganz von der Zweckmäßigkeit der neu getroffenen Organisation überzeugt, wird sich aber mit derselben abfinden, da sie eine Verbesserung gegen den bisherigen Zustand bedeute. Abg. Müller-Sagan spricht sich für die Bewilligung aus; im ganzen sei gut gewillig gemacht worden, die Mannschaften seien um 15 pCt., die Offiziere nur um 13 pCt. verneht worden, auch in Bezug auf die Aufbesserung der Lage der Mannschaften sei mehr geschehen als für die Offiziere, auch auf dem Gebiete der Pensionen. Abg. v. Kardorff erklärt sich ebenfalls für die Forderung. Der Titel wird bewilligt.

Die Beratung wird fortgesetzt mit Kapitel 26: Bekleidung und Ausrüstung der Truppen. Sämmtliche Forderungen werden ohne Debatte bewilligt; ebenso Kapitel 27: Garnison- und Serviswesen nach unwesentlicher Debatte.

Generalleutnant v. Gemmingen theilt ein Telegramm mit, das Auskunft über die Revision giebt, die heute auf Grund der gestrigen Mittheilungen des Abg. Meister über Mißstände im Proviantamt zu Hannover vorgenommen wurde. Nach dem Telegramm ist der wesentliche Theil der Angaben Meisters richtig, nur wird bestritten, daß das aus feuchtem Roggen hergestellte Mehl unbrauchbar geworden sei. Abg. Meister stellt fest, daß alles Wesentliche, was er behauptet habe, durch das Telegramm bestätigt worden sei, er habe nicht von eisernen Keulen, sondern von eisernen Schaufeln gesprochen, mit welchen das Mehl geschlagen worden sein soll, um es locker zu machen. Abg. Müller-Sagan ist auch der Meinung, daß Meister im wesentlichen recht behalten habe; Mehl in dem von dem Telegramm geschilderten Zustande sei nicht verwendbar. Generalleutnant v. Gemmingen ist anderer Meinung. Meister's Angaben seien übertrieben gewesen. Der gleichen Ansicht ist Abg. Baasche. Abg. Singer konstatirt, daß Meister's Angaben im wesentlichen bestätigt wurden, aber eine Hauptfrage, daß das Mehl unvertäglich gerochen habe, gebe das Telegramm keine Auskunft. Der Kriegsminister sagt weitere Untersuchungen zu, die Berichte besagen nicht, daß besondere Krankheitsfälle in der Hannover'schen Garnison vorgefallen seien. Abgeordneter Meister weist die gegen ihn gerichteten Angriffe zurück; für das, was er gesagt, habe er sich auf Zeugen berufen und halte das anrecht. Nächste Sitzung Donnerstag Vormittag 11 Uhr.

In der Petitionskommission des Reichstages wurde heute eine Petition der Garnison-Bauschreiber, welche als Zivilangewandter eingetreten und auf Kündigung angestellt sind, um etatsmäßige Anstellung, gegen den Einspruch des Regierungsvizepräsidenten einstimmig dem Reichstager zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Reichstags-Kommission für die Novelle zum Kantonssteuer-Gesetz nahm heute die Regierungsvorlage mit zwei Abänderungen an. Zunächst wurde auf Antrag des Abg. Camp (Np.) in Artikel 1 gesagt, daß das Gesamtcontingent nicht herabgesetzt werden muß, sondern herabgesetzt werden kann. Dann wurde auf Antrag des Abgeordneten Dr. Baasche (natl.) folgender neuer Artikel 4 aufgenommen: „Für die Erhebung und Verwaltung der Verbrauchsteuer wird vom 1. Oktober 1898 ab eine besondere Veranlagung an die Einzelstaaten nicht mehr gezahlt.“ Staatssekretär Freih. v. Tschiermann hatte zu diesem Antrage erklärt, daß einige Staaten, darunter auch Preußen, demselben sympathisch gegenüberständen, daß aber ein Beschluß darüber von den Bundesregierungen noch nicht gefaßt sei; einstimmig sei aber der Bundesrath der Ansicht, daß der Antrag eine Verfassungsänderung in sich schliesse. — Zum Berichterstatter für das Plenum wurde Abg. Camp (Np.) bestimmt.

Das Mandat des Reichstags-Abgeordneten Schmitt-Bogern (natl.), der an Stelle des verstorbenen v. Margrafen für 5. Wahl (Domburg) gewählt ist, wurde heute von der mit der Prüfung beauftragten Abtheilung des Reichstages für gültig erklärt.

Der frühere Bibliothekar des Reichstages, Dr. August Botta, ist am Sonntag in Leobichitz, 74 Jahre alt, gestorben. Seine Verdienste lagen mehr auf dem Gebiete der mittelalterlichen Geschichte, deren Erkenntnis er durch emsigsten Fleiß sehr gefördert hat, als auf dem des Bibliothekswesens.

Die Petitionen des Stabsarztes a. D. Dr. Sternberg in Charlottenburg, enthaltend Beschwerden in Entmündigungsachen, des Karl Baasch in Zürich betreffend Beschwerden in Rechtsachen, sind von der Petitionskommission des Herrenhauses zur Erörterung im Plenum für nicht geeignet erachtet worden.

Im Abgeordnetenhause trat gestern die Kommission zur Vorberatung des Rothstaudengesetzes zur Beseitigung der Hochwasserschäden vorigen Sommers unter dem Vorsitz des Abg. Letocha zusammen. Der Minister des Innern v. B. Rede war mit mehreren Kommissaren erschienen und sämtliche 28 Mitglieder der Kommission zur Stelle. § 1 der Vorlage besagt, daß fünf Millionen zur Verfügung gestellt werden zur Gewährung von Beihilfen, die insbesondere zu gewähren sind a) an einzelne Beschädigte zur Erhaltung im Haus- und Rahmungsstände, b) an Gemeinden zur Wiederherstellung ihrer beschädigten gemeinnützigen Anlagen, c) zur Wiederherstellung und notwendigen Verbesserung beschädigter Deiche, Uferbauwerke und damit in Verbindung stehender Anlagen d) zur Ausführung besonders dringender Räummungs- und Freilegungsarbeiten, e) zu Vorarbeiten für den Ausbau hochwassergefährlicher Flüsse. — Die Beihilfen sind in der Regel ohne die Auflage der Rückgewähr zu gewähren. Zu lit. a lagen drei Anträge vor: 1. Baasch-Schmidtlein, welcher die Beihilfen nicht auf die Erhaltung im Haus- und Rahmungsstände beschränken, sondern ausdehnen will auf solche, bei denen eine Existenzgefährdung vorliegt. Obgleich seitens der Regierung erklärt wurde, daß hierfür insofern bereits Vorzüge getroffen sei durch die Reserve der 500 000 M., aus welcher Darlehn oder à fonds perdu Beihilfen im Sinne des Antrages gewährt werden könnten, nahm die Kommission den Antrag einstimmig an. 2. Der Antrag Jansen, welcher dem § 2 als neuen Absatz anfügen wollte: Bei der Bewilligung ist die ganze Schadenssumme, abzüglich der den Beteiligten bereits gewährten Beihilfen, in Betracht zu ziehen. Der Antrag will, wie der Antragsteller hervorhob, die aus der Begründung der Vorlage entstandene Unklarheit, als wenn bei Privaten 50 pCt., und bei Gemeinden 20 pCt. des Schadens von vorn herein unberücksichtigt bleiben sollen, durch gefällige Vorschritt beseitigen und, soweit es nach der Bestimmung des lit. a überhaupt zulässig ist, diese Beihilfe bis zur vollen ungedeckten Schadenshöhe gestatten und beziehungsweise im Bedürfnisfall statuiren. Der Antrag wurde sehr lebhaft besprochen und namentlich von konservativer Seite bekämpft. Dagegen wurde vom Minister dem Antrage sachlich

nicht widersprochen; der Antrag wurde deshalb abgelehnt. 8. Der Antrag Hartmann: Zwischen a und b einzuschließen: Zur Ergänzung, beziehungsweise Milderung der für die Tätigkeit der militärischen Hilfskommandos entstandenen Unkosten jeglicher Art. Der Antrag wurde von mehreren Seiten mit der Beschränkung verstanden, beim angelegt, daß trotz desselben doch keine Leistungen dieser Art absolut leistungsstärkenden Städten nicht erlegt werden sollten. Vom Minister wurde in diesem Sinne dem Antrage inhaltlich nicht widersprochen; aber doch um Abänderung gebeten, weil dies im Gesetz auszusprechen nicht erforderlich sei. Es sei in der Provinz Brandenburg eine Milderung schon im Gange, und für Schlesien habe der Oberpräsident sich ebenfalls dazu bereit erklärt. Es würde also geschehen, soweit ein Bedürfnis sich ergebe. Die Kommission nahm darauf den Antrag einstimmig an. — Bei lit. b wurde durch einen Antrag v. Buch die Weisung nicht auf die Gemeinden beschränkt, sondern auf die Kreise ausgedehnt. Auch dieser Vorschlag fand einstimmige Annahme trotz nachdrücklichen Widerspruchs des Ministers, der sogar das Gesetz dadurch für gefährdet erklärte, daß das Notstands-gesetz vom Jahre 1888 die Kreise ebenfalls auslassen habe und die Kreise als leistungsstark anzusehen seien. Von allen Seiten wurde auf die kommunale Belastung der Kreise und auch darauf hingewiesen, daß der Staat durch die verzögerte Organisation der umfassenden Maßregeln gegen Ueberschwemmung eine gewisse Schuld abzutragen habe. Der Betrag von 850 000 M., welcher hierauf entfallen könnte, sei nicht so groß, um das Gesetz zu gefährden. Der für Sachsen abweichende von Schlesien und Brandenburg vorgeschlagene Anteilmodus, indem in Sachsen Staat, Provinz und Kreis je für ein Drittel aufkommen sollen, wurde ebenfalls bemängelt und weitere Verhandlungen der Behörden vorbehalten. — Bei lit. c wurde ein Antrag des Abg. Graf Strachwitz ebenfalls einstimmig angenommen, wonach die Wiederherstellung nicht bloß der Uferschuttwerte, sondern auch der Ufer selbst durch Einschließung dieses Wortes eingeschlossen würde. Lit. c wurde durch einen Antrag Strachwitz dahin erweitert, daß die Weisung auch gegeben werden sollen, zu den von den Gewerkschaften für 1897/98 zu zahlenden Gewerkschaftsbeiträgen. Lit. d blieb unverändert. Bei lit. e wurde die Beschleunigung der organisatorischen Vorlage angeregt und dabei vom Regierungsvertreter mitgeteilt, daß der geistliche Kronrath sich mit der Frage beschäftigt habe und daß eine Beschleunigung der technischen Vorarbeiten angeordnet sei, damit sie im Sommer zum Abschluß gelangen und im Herbst die Vorlage kommen könne. — Aus Anlaß des Antrags Jansen wurde auch die Frage, in wie fern die Regierung im vorigen Sommer es an Mäßigkeit zur Hilfeleistung habe fehlen lassen, wiederum berührt und von mehreren Seiten wiederholt, daß im Laufe ein solcher Eindruck bestünde. Hiergegen erhob der Minister nachdrücklich Widerspruch und gab die einzelnen Ordres, Telegramme, Anweisungen u. s. w. zur Widerlegung solcher Behauptungen bekannt. — Es bleibt nun noch der Antrag zu § 1 übrig, welcher von mehreren Seiten gestellt ist, nämlich den Betrag der Beihilfen von 5 auf 10 Millionen zu erhöhen. Hierüber wird sich die Kommission am Donnerstag schlüssig machen.

Im Herrenhause hat Graf v. d. Schulenburg-Beehendorf nachstehenden Antrag eingebracht: „Das Herrenhaus wolle im Anschluß an den Antrag der Kommission für Agrarverhältnisse beschließen: die königliche Staatsregierung zu ersuchen, für die in der Niedertung der Ober- und Warthe belegenden und in ähnlicher gefährdeter Lage befindlichen Domänenländereien in den Pachtverträgen Vorkehrung zu treffen, daß bei Schädigung oder Vernichtung der Ernte durch Wasserschaden den Pächtern ein verhältnismäßiger Erlaß vom Pachtgelde zugesichert wird.“

Wahlbewegung.

In der Vertrauensmänner-Konferenz des Wahlkreises Waldenburg am 18. Februar wurde, da Genosse Möller in Rücksicht auf seine körperliche Konstitution und gewerkschaftliche Stellung unter den Vergartern nicht mehr kandidirt, der Genosse D. Sachse in Juidau als Reichstags-Kandidat aufgestellt.

Zustitzrat Mündel ist im 1. Schlesischen Wahlkreise Gränberg-Freystadt wieder aufgestellt worden. Im Wahlkreise Obbau-Nimptsch haben die Konservativen im Verein mit dem Bund der Landwirthe den Bauerngutsbesitzer Nothger wieder aufgestellt.

Die Vertrauensmänner der freisinnigen Vereinigung und der freisinnigen Volkspartei haben in einer am 11. d. Mts. in Wülstert abgehaltenen Versammlung beschlossen, dem Hauptpastor Diekmann eine Reichstags-Kandidatur für den fünften Schleswig-holsteinischen Wahlkreis anzutragen.

Im 11. hannoverschen Wahlkreise Northheim-Einbeck wurde als sozialdemokratischer Reichstags-Kandidat Genosse Fischer-Gannover aufgestellt. — Bauoth Wollbrecht aus Hannover, der als nationalliberaler Kandidat für Celle-Gifhorn bereits aufgestellt war, ist zu Gunsten des Hofbesizers Grotte II, der dem Bunde der Landwirthe etwas genehmer ist, zurückgetreten.

In Silesfeld hat das Zentrum den bisherigen Abgeordneten Humann wieder aufgestellt.

Im 17. sächsischen Wahlkreise Glauchau-Meerane, der bekanntlich durch Genossen Kuer im Reichstags vertreten wird, will diesmal der Fabrikant Pöge die unsichere Aufgabe übernehmen, als Kandidat des gesammten Misch-Masch dem Sozialdemokraten entgegen zu treten.

Partei-Nachrichten.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Gnanu kommen sämtliche Kandidaten der Sozialdemokratie in die Stichwahl. Nach Angabe der Gegner sind 1890 Stimmen für unsere Partei und 1820 für die bürgerlichen Kandidaten abgegeben worden. Das amtliche Wahlergebnis steht noch aus.

Vollzweites, Gerichtliches 2c.
— Im Dorfe Schwepnitz und anderen Orten der sächsischen Amtshauptmannschaft Komenz ist vor einiger Zeit der vom sozialdemokratischen Agitationskomitee für Sachsen herausgegebene *Kalen* u. d. er gratis vertheilt worden. Einige Verbreiter besichtigte man, durch Vertheilung des Kalenders großen Unfug begangen zu haben, und gegen den Verleger des Kalenders, Redakteur Eichhorn in Dresden ist die Beschuldigung erhoben, daß er sie zu dem großen Unfug „angeflistet“ hätte.

Prozeß Pola.

Paris, 16. Februar.

In der Umgebung des Justizpalastes und in den Wandelgängen desselben herrscht heute Mihe. Auch beim Eintreffen Pola's ereignete sich keinerlei Zwischenfall. Die Sitzung wird um 12 1/2 Uhr eröffnet. Der Saal ist wieder überfüllt.

Der gestern von der Vertheidigung gestellte Antrag, daß ein Richter mit dem Antrage zu Frau Veilantz gesendet werde, sie über die anderen Briefe Esterhazy's zu vernehmen, wird vom Gerichtshof abgelehnt. Die Vertheidiger erklären, auf die Vernehmung der Offiziere verzichten zu wollen, welche das Kriegsgericht gebildet haben, das Esterhazy freigesprochen hat. Dagegen bestehen die Vertheidiger auf ihrem Verlangen, daß der Kriegsminister General Billot vernommen werde. Präsident: Stellen Sie also entsprechende Anträge. Labori: Das ist nicht der Mühe werth. Der Präsident erwidert, die Anträge seien nötig, damit der Gerichtshof einen Beschluß fassen könne. Labori: Damit man mich „Labori, den Antragsteller“ nennen kann, denn auf Ihren Befehl bin ich jetzt Antragsteller durch Uebersetzung. (Lachen.) Scheurer-Kestner wünscht auf gewisse Augenangelegenheiten in der Aussage des Schreibfachverständigen Teyssonnieres hinzuweisen; da letzterer nicht anwesend ist, werden die Erklärungen Scheurer-Kestner's verschoben.

General Pellicieux wird wieder aufgerufen. Er erkennt an, daß das erste Faktum, welches im „Matin“ erschienen ist, genauer ist, als alle anderen, die in den Blättern oder sonst veröffentlicht worden sind. Das Bordereau habe eine Vorder- und eine Rückseite

und sei auf seinem Papier geschrieben; Jenge glaubt, es sei unmöglich, daß, als das Bordereau photographirt wurde, die Rückseite nicht auch erschienen sei; da die Tinte bläß sei, sagt Pellicieux, frage es sich, ob es nicht möglich gewesen sei, der Farbe nachzuhelfen und das Bordereau also zu bearbeiten für die Photographie. General Pellicieux fügt hinzu, aus den Verhandlungen gehe hervor, daß die Vertheidigung alle vertheidigten Sachverständigen, die nach dem Original gearbeitet hätten, zurückweise und nur zu den Experten vertrauen habe, die sich aus Liebhaberei mit Schriftuntersuchungen beschäftigten — und unter diesen befände sich ein Zahnarzt und ein Ausländer. Diese Taktik, fährt Pellicieux fort, wundert mich nicht, denn schon Mathieu Dreyfus hatte sie mir in meinem Bureau angedeutet, nachdem er Esterhazy angeschuldigt hatte. Ich habe ihn damals gefragt, ob er eine zweite Untersuchung des Bordereau wünsche, er hat mir aber nicht geantwortet. Andererseits hat man viel von Handschriften, niemals aber von dem Inhalt des Bordereau gesprochen. Ich behaupte, Ihnen hier, mit den Schriftstücken in der Hand, beweisen zu können, daß der Offizier, welcher das Bordereau geschrieben hat, dem Kriegsministerium angehört und Artillerist ist.

Labori beantragt, daß Oberst Picquart, der sich bei dem Richter Verthulst befindet, herbeigeführt werde, damit er diese Aussage höre. Der Präsident erwidert: Sie haben für den Augenblick nicht das Wort. Labori protestirt und besteht darauf, daß Picquart herbeigeführt werde. General Pellicieux analysirt nun das Bordereau und sagt, nur ein dem Kriegsministerium angehöriger Artillerie-Offizier habe die in dem Bordereau angeführten Thatsachen kennen und sich der in dem Bordereau vorkommenden technischen Ausdrücke bedienen können. Niemand hätte ein Infanterie-Offizier das Bordereau schreiben können, da einem solchen alles, wozu in dem Bordereau die Rede sei, unbekannt sei. Was bleibt also von dem ganzen aufgerichteten Gebäude übrig? Nach meiner Ansicht nicht viel, und doch hat man Offiziere beschuldigt, einen Schuldigen auf Befehl freigesprochen zu haben. Ich habe ein Soldatenzeug, das sich gegen all die Insanien, die man über uns ausgeschüttet hat, auflehnt; ich kann diese Insanien nicht mehr ertragen und sage, daß es ein Verbrechen ist, der Armees das Vertrauen, das sie zu ihnen führen, zu nehmen. Denn wenn die Soldaten kein Vertrauen mehr zu ihnen haben, was sollen ihre Führer dann am Tage der Gefahr thun, der vielleicht näher ist, als man glaubt? (Sensation.) Dann wird man ihre Söhne zur Schlachtbank führen, aber Jola wird eine neue Schlacht gewonnen, wird eine neue „Défaite“ geschaffen haben und seinen Sieg vor einem Europa genießen, von dessen Karte Frankreich gestrichen ist. (Sensation.)

Pellicieux schließt: Wir wären glücklich gewesen, wenn das Kriegsgericht Dreyfus freigesprochen hätte, denn das hätte bewiesen, daß es keinen Verreiber in der Armees gab, während wir trauern müssen, daß es einen gegeben hat. General Pellicieux tritt unter anhaltendem Beifall zurück.

Labori verlangt alsdann, mit dem Gesetzbuch in der Hand, das Wort und sagt, daß er auf die Aussage des Zeugen etwas zu erwidern habe. Der Präsident sagt lebhaft: Sie werden das Wort nicht erhalten, bringen Sie Anträge ein. Labori: Das werde ich thun, vorher habe ich aber noch zu den Geschworenen zu sprechen. Sie haben soeben, sagt Labori zu den Geschworenen, nicht eine Zeugnisaussage, sondern ein Plaidoyer, eine wahre Anklage gehört. Pellicieux hat hier für den Generalstab plädiert, ohne unterbrochen zu werden. Ein Advokat schreit mir: Man hindert hier, die Advokaten zu manifestiren, während man duldet, daß Artillerie-Offiziere in Uniform Beifall klatschen. In der That, fährt Labori fort, wir, die wir angeklagt sind, haben nicht das Recht uns zu vertheidigen und Beweise zu führen. Labori wendet sich nun gegen Pellicieux, „den glänzenden Redner des Generalstabs“ und sagte: Am Tage des Kampfes wird mein Blut ebenso viel werth sein, wie das Ihrige. Wenn ich auch weniger Goldorten habe, als Pellicieux, so wird mein Muth doch nicht geringer sein, als der seinige. Der Präsident unterbricht Labori und sagt: Begründen Sie Ihre Anträge, lassen Sie uns zu Ende kommen. Labori erwidert in großer Aufregung: Und wenn die Verhandlungen sechs Monate dauern müssen, sie werden dauern bis zu dem Tage, wo das Licht, das wir suchen, hervorbrechen und glänzen wird, wie die Sonne. — Labori bringt hierauf seine Anträge ein, die vom Gerichtshof abgelehnt werden. Clemenceau schließt sich den Forderungen seines Kollegen Labori, daß Picquard geholt werde, an; man bedürfe seiner, um ihn mit Pellicieux zu konfrontiren. (Bewegung.) Der Präsident sagt: So werde ich ihn holen lassen.

Scheurer-Kestner führt nun in Gegenwart Teyssonnieres' gewisse Ungenauigkeiten an, die in dessen Aussagen enthalten sein sollen. Was Esterhazy betrifft, so habe ich zu Teyssonnieres nicht von ihm sprechen können, denn zu der Zeit, in die meine Unterhaltungen mit Teyssonnieres fallen, kannte ich den Namen Esterhazy nicht. Teyssonnieres: Ich habe mich täuschen können, indem der Name Esterhazy in meinen täglichen Aufzeichnungen figurirt. Labori: Das ist recht seltsam, da noch niemand den Namen Esterhazy genannt hatte. Teyssonnieres: Er war mir jedenfalls durch öffentliche Gerüchte zu Ohren gekommen. Scheurer-Kestner: Ich bleibe dabei, daß ich am 11. Juli, das heißt zu der Zeit, als ich Teyssonnieres sah, den Namen Esterhazy noch nicht gehört hatte. Ich habe also zu Teyssonnieres von dem Major nicht sprechen können, ich schwöre es. Labori verliest hierauf einen Vormittags in der „Libre Parole“ erschienenen Artikel, der nach Teyssonnieres' Jugendjahren von ihm inspirirt und gegen Trarieux gerichtet ist. Labori überläßt es den Geschworenen, die Aufmerksamkeit eines solchen Menschen nach ihrem Verthe zu schenken, eines Menschen, der noch weinlich in der Vertheidigung seine ewige Dankbarkeit für Trarieux versicherte, dem er es zu danken hat, daß er wieder in die Liste der Sachverständigen des Tribunals der Seine aufgenommen worden ist.

Trarieux sagt: Ich habe sehr aufmerksam den Ausführungen des Jungen Teyssonnieres' zugehört, der von „Lügen Trarieux's“ sprach. Ich möchte ihn fragen, um welche Lügen es sich handelt. (Zu Teyssonnieres): Ich habe Ihnen gegenüber mit der größten Würde gehandelt und Sie sind mir dafür eine zeitlang dankbar gewesen. (Teyssonnieres spricht immer dazwischen.) Trarieux fortfahrend: Reden Sie mir doch nicht mehr von Ihrer Dankbarkeit, Sie, der hingeht und mich durch eine Zeitung beschimpfen läßt. Teyssonnieres: Wir sind eben verschiedener Meinung. Trarieux: Die Angriffe der „Libre Parole“ berühren mich nicht; was mich berührt, sind die Verleumdungen, die der Artikel enthält, die Behauptungen, die Teyssonnieres selbst hier als unzutreffend anerkennt. Ich glaube, der Gerichtshof wird es nicht wollen, daß ich hier vor der Presse und vor dem Lande unter der Anschulding bleibe, ich hätte gelogen. Der Präsident verliest einen Brief Teyssonnieres', in dem dieser seine Dankbarkeit gegenüber Trarieux bezeugt.

Auf Veranlassung Labori's spricht Trarieux von den indirekten Mittheilungen, die nach seiner Meinung den Zweck gehabt hätten, die Aktion Picquart's zu paralysiren. Das ergebe sich aus dem Dikemina, das das Verhalten Teyssonnieres' gerügt habe, als derselbe die Wahrheit sagte. Hier tritt eine Pause ein.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird auf Veranlassung Labori's General Pellicieux wieder vernommen. Labori: Was wollen Sie damit sagen, daß seitens der Vertheidigung vereidete Sachverständige abgelehnt wurden, während sie Zahnärzte herbeikommen lassen. Pellicieux: Ich will damit sagen, daß Sie Ausdeckerungen der vereideten Sachverständigen nicht zulassen. Labori: Verzeihung; wir selbst haben Ihre vereideten Sachverständigen hieher rufen lassen, und sie haben sich geweigert, zu sprechen. Der Vorwort Pellicieux' kann sich also nicht gegen uns richten.

Zwischen in der Direktor der Ecole des Chartes, Paul Meyer, wieder vor die Schranken gerufen und bemerkt: Wenn mir General Pellicieux nur eine negative Photographie des Original-Bordereaus bringen wollte, würde ich mich bemühen, in voller Loyalität und Gewissenhaftigkeit mein Gutachten abzugeben. Pellicieux erwidert:

Ich bin dazu nicht kompetent. Das Urtheil wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit gesprochen, und davor müssen wir uns alle beugen. Er beschränkte sich darauf, zu sagen, daß die Experten vor dem Kriegsgericht erklärten, das Bordereau sei nicht von Esterhazy.

Paul Marand, Professor von der Rechtsfakultät an der Universität Genf, sagt aus, er habe eine genaue Vergleichung des Faktums und der Schrift Dreyfus vorgenommen. Der Bericht werde ohne Zweifel den Geschworenen vorgelegt werden. Später habe er auf Ersuchen des französischen Konsuls Marcellet Pellet auf neue das Bordereau mit einer ihm unbekanntem Handschrift verglichen und es sei ihm dann klar geworden, daß es die Handschrift Esterhazy's war. — Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Achtung, Schuhmacher! In der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ befindet sich unter „Gewerkschaftliches“ eine Notiz, in welcher mitgeteilt wird, daß nach bürgerlichen Blättern die Schuhfabrikanten bereit wären, mit den Vertretern der Arbeiter über die streitigen Punkte des Arbeitsnachweises in Verhandlungen zu treten. Diese Angabe ist unrichtig. Die Fabrikanten haben persönlich und durch ein Schreiben an die Agitationskommission erklärt, daß sie jede weitere Verhandlung über diesen Punkt ablehnen. Gleichfalls sind die Herren auch nicht gewillt, einer Einladung vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts nachzukommen. Die Agitationskommission der Fabrik-Schuhmacher.

Die **Tabakpfeifer** beschloßen in einer Versammlung der Firma Jöhner u. Co., bei der am Montag 10 Mann wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt hatten, folgende Forderungen zu stellen: Wiedereinstellung der auf dem betreffenden Bau, Lindenstr. 103 beschäftigt gewesenen Berufsgenossen zu den alten Bedingungen; Entschädigung der durch Schuld der Firma entstandenen Versäumnis an sämtlichen Beteiligte.

Deutsches Reich.

Achtung, Holzarbeiter! In Rathenow haben sämtliche Tischler und Maschinenarbeiter die Arbeit eingestellt. Zugang ist ferngehalten.

Achtung, Vergolder! Der Streik der Vergolder der Firma J. Baake in Brandenburg dauert unverändert fort. Wiederholte Vermittlungsversuche seitens der Kollegen, sowie des Hauptvorstandes blieben erfolglos. Die Kollegen werden ersucht, auf die vom Hauptvorstand herausgegebenen Sammellisten rege zu zeichnen und den Zugang streng fernzuhalten. Der Hauptvorstand des Verbandes der Vergolder. J. A.: Franz Rary, Vorsitzender, Berlin, Oppelnerstr. 43.

Die **Steinarbeiter in Brandenburg a. d. O.** haben ihren Prinzipalen schriftlich folgende Forderungen gestellt: Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden, bei einem Stundenlohn von 40 Pf., Ueberstunden sollen mit 10 Pf. Aufschlag entschädigt werden; ferner wird um Regulierung der Akkordpreise ersucht.

In den **Eisenwerken des Kommerzienraths Nag v. Sienanth** in Hochteln in der Rheinpfalz haben am Sonnabend 70 Formier wegen bedeutender Lohnabzüge die Arbeit niedergelegt. Sie ersuchen die Fachgenossen, den Zugang fernzuhalten.

Am **Karlruhe** wird telegraphirt, daß am 14. Februar zwanzig am Postgebäude beschäftigte Steinhauer gemäßigelt worden seien und daß weitere Entlassungen bevorstünden.

Ausland.

Das **Exekutivkomitee der englischen Maschinenbauer** hat am letzten Sonnabend an die 4000 Mitglieder des Gewerkschafts, die bisher noch nicht wieder untergebracht werden konnten, die regelmäßige Streikunterstützung von je 15 Schillingen, also insgesamt 60 000 M. ausgezahlt.

Soziales.

Die **Anlagen zur Verstellung von Gukstahlugeln mittels Kugelschrotmühlen (Kugelschrotmühlen)** sind gemäß einem Bundesratsbeschlusse, der noch der Genehmigung des Reichstages bedarf, in das Verzeichnis der gewerblichen Anlagen aufzunehmen, die einer besonderen Genehmigung bedürfen.

Submissions-Urtheile. Wie der „Lübecker Volksbote“ mittheilt, betrug bei der Anschreibung der Zimmerarbeiten für den Kasernenbau auf Marly das höchste Gebot 48 058 M., das niedrigste 37 277,75 M., die Differenz also nahezu ein Viertel.

Für die Schlosserarbeiten an der neuen Garnisonkirche in Brandenburg beanpruchte der Weißfischerbunde 81 898,92 M., der Mindestfordernde aber nur 10 752,68 M.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Breslau, 16. Februar. (S. H.) Wie der „Breslauer General Anzeiger“ berichtet, hat der Tapezierer Kühn heute Nachmittag den ihm zur Last gelegten Mord an der Altkoarenhändlerin Kattke eingestanden.

Geestemünde, 16. Februar. (W. L. B.) Laut Mittheilung des deutschen Konsulats in Gothenburg sind die Schiffspapiere und andere Gegenstände des hiesigen überfalligen Dreimasterschmieds „Behrend“, der am 18. Dezember vorigen Jahres mit Kohlen von Bonnes (?) nach Bremerhafen abgegangen war, an der schwedischen Küste angetrieben. Vermuthlich ist das Schiff mit neun Mann Besatzung untergegangen.

Budapest, 16. Februar. (W. L. B.) Abgeordnetenhause. Sina von der äußersten Linken interpellirte wegen mehrerer bei den Budapester Sozialistenführern vorgenommenen Hausdurchsuchungen. Der Minister des Innern, Perczel, erwiderte, dieselben hätten thatsächlich stattgefunden, weil die Fäden der Bauernbewegung im Szabolczer Komitate von Budapest ausgehen. Diese Bewegung sei keineswegs eine sozialistische gewöhnlicher Art. Die Bevölkerung im Szabolczer Komitate sei nicht im Nothstand. Die Arbeitelöhne seien dort hoch. Diese Bewegung sei eine gewissenlose Hege.

London, 16. Februar. (W. L. B.) Eine Depesche aus Hatfield meldet: Als der Premierminister Lord Salisbury gestern Abend mit seinem Sohne Lord William Cecil in einer leichten Equipage von einer Spazierfahrt zurückkehrte, erlitt bei dem Wohnhause am Eingange des Parks ein starker Windstoß eines der massiven eisernen Thore und schweberte dasselbe gegen das Gefäß, welches in zwei Theile geschnitten wurde. Die Insassen kamen unverletzt aus den Trümmern hervor. Der Unfall hatte keinerlei schädliche Folgen für den Premierminister, der sich vollkommen wohl befindet.

Christiania, 16. Februar. (W. L. B.) Sicherem Vernehmen nach ist das neue Ministerium gebildet. Steen hat dem Könige eine Ministerliste vorgelegt, auf welcher sich die Namen der ehemaligen Minister Steen, Blehr, Wegelsen, Duam, Nyson, Hoff und Løvlebot, sowie die Namen der Mitglieder des Storchings Lovland, Sundbe und des Affessors am höchsten Gericht Løken befinden.

Petersburg, 16. Februar. (S. H.) Die russische Regierung wird demnächst ein Ministerium für öffentliche Gesundheitspflege errichten. Zum Chef dieses Ministeriums soll Senator Lichtschew bestimmt sein.

Athen, 16. Februar. (S. H.) Rumnebr haben alle Mächte, mit Ausnahme von England und Frankreich, dem Kontrollgeseh Entwurf und dem Münzänder-Arrangement zugestimmt. England und Frankreich zögern nur wegen der von ihnen beschlossenen Anleihegarantie, wozu die Zustimmung der Kammer erforderlich ist. Es werden zwei Anleihen zu 100 und 85 Millionen aufgenommen.

Athen, 16. Februar. (S. H.) Die Urwähen in Nordalbanen haben eine größere Ausdehnung angenommen. Bereits über 2000 Albanesen stehen im Kampfe.

Washington, 16. Februar. (W. L. B.) Nach einem weiteren Telegramm des Kapitäns der „Maine“ Sigbee sind 286 Mannschaften und zwei Offiziere der Katastrophe zum Opfer gefallen. Die Nachricht von dem Untergang der „Maine“ hat in dem Mexiko-departement ungeheure Aufregung hervorgerufen.

Reichstag.

42. Sitzung. Mittwoch, den 16. Februar 1898, 2 Uhr. Am Bundesrathstag: Ministerialdirektor Wodetke.

Der § 1 verlangt: Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, sich zu versammeln.

Zur Veranstaltung und Abhaltung von Versammlungen bedarf es weder einer Anmeldung bei einer Behörde, noch einer Erlaubnis durch eine Behörde.

Abg. Geber (Soz.): Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß es im öffentlichen Leben stets besser ohne Polizei geht.

Wenn man ferner gesagt hat, junge Leute dürften in den Versammlungen nicht anwesend sein, sie verständen davon nichts...

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Singer (Soz.): Herr Nickerz hat sich darüber gewundert, daß die Bänke des Bundesraths heute wieder so leer sind.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

der fünfzigsten Wiederkehr des 18. März. Herr Nickerz wollte doch bedenken: daß er heute erst für die Koalitionsfreiheit aufstehen muß; daß ist ja eine Folge jenes Zustandes, in den das deutsche Bürgerthum durch Verleugnung seiner freiheitlichen Ideale...

Alle Zusatzanträge des Herrn Nickerz bedeuten im übrigen nur eine Abschwächung meiner Anträge. Wir werden uns gegen eine Kommissionsberatung nicht sperren, aber wir halten sie für gänzlich überflüssig; es ist auch möglich, daß man diese Kommissionsberatung nur vorgeschlagen hat, um unsern Antrag zu einem ausständigen Begräbnis zu verhelfen.

Das waren so die Bedenken, die man gegen unsern Antrag geäußert. Sie sehen, wie sichbällig sie sind. Ich wünsche, daß alle Parteien, die nicht auf dem Standpunkte stehen, daß der deutsche Staatsbürger nur Steuern zu zahlen und das Maul zu halten hat...

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

den ersten Willen, in der Sache einen Abschluß herbeizuführen, sonst würden sie für unseren Antrag stimmen müssen. — Herrn Abg. Lieber frage ich, was hat die Bildung von Berufsvereinen mit unserem Vereins- und Versammlungsrecht zu thun? Erhalten denn damit die Frauen auch nur das geringste Recht, am politischen Vereinsleben theilzunehmen? Durch solche Einwände erreichen sie nur, daß diese so hochwichtige Angelegenheit immer wieder hinausgeschoben wird.

Hierauf wird der Antrag auf Verweisung des Antrags Auer an eine Kommission gegen die Stimmen der Freisinnigen, Antisemiten und Sozialdemokraten abgelehnt. — Sodann wird § 1 des Antrags Auer gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Süddeutschen Volkspartei ebenfalls abgelehnt.

Abg. Singer (Soz.) erklärt darauf, daß, da nach den Erklärungen der verschiedenen Parteien keine Aussicht auf Annahme des Antrags Auer mehr vorhanden sei, derselbe von der Fraktion zurückgezogen werde.

Es folgt die Beratung des nachstehenden Antrags der Abg. Müller-Waldeck und Liebermann v. Sonnenberg: Um den vielfach hervortretenden Mißbräuchen auf dem Gebiete des Privat-Versicherungswesens entgegenzuwirken, soll für alle Privat-Versicherungsgesellschaften eine staatliche Prüfung und Genehmigung der von ihnen aufgestellten Versicherungsbedingungen vorgeschrieben werden.

Abg. Müller-Waldeck (Reform-P.) begründet den Antrag. Er schildert die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten und erklärt es für die Pflicht des Staates, energisch unzulässigen Praktiken unzulässiger Versicherungsgesellschaften entgegenzutreten; insbesondere sei es das Lebensversicherungswesen, das einer durchgreifenden Reform dringend bedürfe.

Abg. Voghter (Soz.): Ich bin im Prinzip mit dem Antragsteller einverstanden. Doch glaube ich, daß das Bild, das er von dem Versicherungswesen gegeben, geeignet ist, falsche Vorstellungen hervorzurufen. Es klingt dem Laien so riesenhaft, wenn er von den hunderten von Millionen hört, die da fließen, denen gegenüber nur Zehner von Millionen als Verwaltungskosten stehen.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

Abg. Nickerz (fr. Vg.): Es ist tatsächlich verwunderlich, daß der Bundesrath noch seinen Beschluß über den vom Reichstag schon zweimal angenommenen Antrag auf Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes gefaßt hat.

gebenen Kontredampfer nicht mehr möglich gewesen sei, den Dampfer rechtzeitig zum Stehen zu bringen. — Nach umfangreicher Beweis- aufnahme, in welcher sich in manchen Punkten Belastungs- und Entlastungszeugen — ziemlich scharf gegenüberstanden, beantragte der Staatsanwalt, der die Schuld des Angeklagten für erwiesen hielt, eine Gefängnisstrafe von vierzehn Tagen. Der Verteidiger bestritt, daß das Ergebnis der Beweis- aufnahme für den Angeklagten ungünstig ausgefallen sei und plädierte deshalb für Freisprechung.

Der Gerichtshof hielt für genügend dargelegt, daß der An- geklagte fabriktüchtig vorgegangen sei und deshalb den Unfall ver- schuldet habe.

Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis.

Wilde Folgen für einen Gerichtsvollzieher dürfte eine An- klage wegen wissentlich falscher Anschuldigung haben, die die 8. Straf- kammer des Landgerichts I gestern gegen den Zimmermann Ernst Striebel zu verhandeln hatte. Der Angeklagte, welcher in Wilmersdorf einen Bau ausgeführt hat, hat bei der Staatsanwalt- schaft eine Anzeige gegen den Malermeister Bergath erstattet, in welcher er diesen beschuldigte, daß er unter Beihilfe des Gerichtsvollziehers Bensch in widerrechtlicher Weise in den Neu- bau gedrungen sei und dort Bestandteile des Hauses, auf welche er kein Recht hatte, weggenommen habe. Nach der Strafanzeige sollte sich der Vorgang so abgespielt haben, daß der Maler Bergath, der Forde- rungen an den Angeklagten hatte, eines Tages mit dem Gerichtsvollzieher auf dem Neubau, von welchem man den Angeklagten durch List wegge- lockt hatte, erschienen sei, die schon eingesehnen Türen und Fenster ge- waltfam herausgehoben, ebenso die noch lagernden Fußboden-Bretter aufgeladen habe und mit all diesen Dingen weggefahren sei. Ueber die tatsächlichen Behauptungen dieses Anzeige hinaus hat der Angeklagte dann das Verfahren des sich selbst helfenden Gläubigers als Diebstahl bezeichnet. Die gestrige Ver- handlung nahm einen Verlauf, der den Staatsanwalt ver- anlachte, selbst die Freisprechung zu beantragen, da die Klage auf unhaltbarer Grundlage beruhe und der Angeklagte in seiner Straf- anzeige nur die Wahrheit gesagt habe. Durch die Beweisaufnahme wurde u. a. noch festgestellt, daß ein Polizist sich nach dem Neubau begeben hatte, um sich zu überzeugen, ob wirklich Thürren und Fenster ausgehängt worden seien, daß ihm aber vom Gerichtsvollzieher der Zutritt verweigert worden war. — Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung des An- geklagten, der mit der Strafanzeige nur sein gutes Recht verfolgt habe. Bei der Pfändung, so erklärte der Vorsitzende mit erhobener Stimme, sei es durchaus rechtswidrig zugegangen, der Gerichtsvollzieher habe garnicht so pfänden dürfen, wie er ge- than, und wenn der Angeklagte gegen das ganz inkorrekte Ver- fahren, welches noch weitere Folgen nach sich ziehen dürfte, eine Strafanzeige erstalte, um die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen, so könne er deswegen unmöglich noch bestraft werden.

Aus Göttingen wird vom 16. Februar berichtet: Die Straf- kammern des Lorgauer Bürgermeisters Girth gelangten heute vor dem Schwurgericht des hiesigen Landgerichts zur Ver- handlung. Girth, der schon als Student viele Schulden gehabt hat, soll auch als Referendar und Assessor weit über seine Verhältnisse gelebt haben und dadurch immer tiefer in Schulden gerathen sein. Am 1. November 1894 wurde er zum Bürgermeister in Lorgau gewählt. Hier übte er auch die Praxis als Rechtsanwalt aus. In dieser seiner letzteren Eigenschaft soll er eine große Anzahl ihm von seinen Klienten anvertrauten Gelder untergeschlagen haben. Am 3. Oktober 1896 wurde er zum Bürgermeister in Lorgau gewählt. Hier bezog er, neben freier Wohnung, ein Jahresgehalt von 5000 M. Dies reichte jedoch bei weitem zur Bestreitung seines Unterhaltes nicht aus. Andererseits drängten seine Klienten auf Rückzahlung der Gelder und drohten widrigenfalls mit Anzeige. Die städtische Sparkasse zu Lorgau hatte nun bei der Bank für Handel und Gewerbe in Berlin ein Guthaben von 100 000 M. Er schickte nun an diese Bank einen eingeschriebenen Brief und unterzeichnete denselben mit: „Der Magistrat, gez. Girth.“ In diesen Briefe ersuchte er die Bank für Handel und Gewerbe um Uebersendung von 50 000 M. und bat, die Absendung des Geldes vorher anzugeben. Die Bank nahm keinen Anstand, das Geld abzusenden, zumal das von Girth abgeforderte Schreiben den Magistrats- stempel der Stadt Lorgau trug. Obwohl das Geld „an den Magistrat zu Lorgau“ adressiert war, wußte Girth dasselbe in seine Hände zu bekommen, und zwar so, daß niemand etwas davon merkte. Die Bank verlangte eine Empfangsbescheinigung, die zwei Unterschriften tragen mußte. Dieses Schreiben wußte Girth unbemerkt bei Seite zu schaffen. Als die Bank ihre Aufforderung wiederholte, kam die Sache zur Kenntnis der anderen Magistratsmitglieder. Girth hatte, um seine Manipulation zu verdecken, mehrere amt- liche Schriftstücke bei Seite geschafft und die dringendsten

Gläubiger zum Theil befriedigt. Als er erfuhr, daß gegen ihn Anzeige erstattet war, entfloh er in Gemeinschaft seiner Gattin nach der Schweiz. Dort wurde er jedoch am 10. August 1897 gefaßt und ausgeliefert. Girth, der auch Sekonde- lieutenant der Landwehr ist, hat sich wegen Untreue, Amts- unterschlagung und Befälschung amtlicher Urkunden vor eingangs bezeichnetem Gerichtshof zu verantworten. Neben ihm nimmt seine Ehefrau auf der Klagebank Platz. Bei dieser wurden etwa 22 000 M. gefunden, als die Verhaftung des Girth erfolgte. Frau Girth ist daher der Begünstigung und Hehlerei angeklagt. Ver- theidiger des Girth ist Rechtsanwalt Seidel-Göttingen, Verteidiger der Frau Girth Rechtsanwalt Dr. Sello-Berlin.

Die Weibepolizei neu lauziehender Personen ist für Berlin in der Polizeiverordnung vom 9. Juli 1878 geregelt worden. In § 4 der Verordnung heißt es: Jeder neu Anziehende hat der Polizei über seine persönlichen und militärischen Verhältnisse Aus- kunft zu geben. Im November 1896 hielt sich der Rechtsanwalt Böder aus Göttingen in Berlin auf, um seine Niederdelung nach hier vorzubereiten. Er wurde damals vom V. Polizeirevier auf- gefordert, die im § 4 der angeführten Polizeiverordnung vor- geschriebene Auskunft zu erteilen. B. lehnte solches jedoch ab, obwohl die Aufforderung wiederholt wurde. Darauf erhielt er ein Strafmandat. Er beruhigte sich indes nicht dabei, sondern beantragte richterliche Einschuldung. Schöffens- gericht und Strafkammer sprachen ihn frei, nachdem sie festgestellt hatten, daß B. sich im November 1896 nur vorübergehend in Berlin aufgehalten hatte und daß er erst im Februar 1897 endgültig dahin übergesiedelt war. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein; der Strafsenat des Kammergerichts wies das Rechtsmittel aber als unbegründet zurück und führte aus: Nach Wortlaut und Sinn der Polizeiverordnung von 1878 sei unter einem Neuanziehenden nur eine solche Person zu verstehen, die an einem Orte einen Wohn- sitz begründet, nachdem sie ihren Wohnsitz an einem anderen Orte aufgegeben hat. Demnach sei B. im November 1896 kein in Berlin Neuanziehender gewesen, und als Reisender habe er die geforderte Auskunft nicht geben brauchen.

Ein Soldatenschieber. Aus Würzburg wird vom 11. d. M. berichtet: Andreas Heimüller aus Thulbe bei Dammelsburg, Unter- offizier in der 8. Kompanie des 5. Infanterie-Regiments in Bamberg, versetzte dem Soldaten Burkard Straub Schläge ins Gesicht, daß er Nasenbluten bekam; Ohrspeiche und Stöße mit dem Säbel gegen den Unterleib bildeten die Freigabe. Dem Gemeinen Michael Böller brachte Heimüller durch Stöße mit der Faust die richtige Kopfhaltung bei. Böller wurde auch von Heimüller ge- droffelt. In derselben Weise wurden eine Anzahl anderer Soldaten mit Faustschlägen und Säbelschlägen gegen Gesicht und Unterleib mißhandelt. Die Mißhandelten wurden von ihren übrigen Vor- gesetzten als willige, fleißige und tadelfreie Leute geschildert. Hei- müller, bei einem Diebstahl abgefaßt, leugnete trotz des erdrückenden Beweismaterials alles ab und suchte einen Oeseriten der Aufstiftung der Soldaten zu falschen Angaben zu bezichtigen. Das Urteil lautete auf vier Monate Gefängnis, Degradation und Versetzung in den Stand eines Soldaten zweiter Klasse.

Versammlungen.

Der Verband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Berlin, beschloß sich am Sonntag, den 13. Februar, mit dem Thema: „Wie erzielen wir bessere Erfolge im Kampfe gegen das Unternehmertum?“ Der Referent Kude führt hierzu folgendes aus: Vorstehende Frage müsse angesichts der geringen Erfolge, welche im vorjährigen Lohnkampf erzielt sind, aufgeworfen werden. Als gering ist das Erreichte namentlich deswegen zu bezeichnen, weil 3 zum großen Theil wieder verloren gegangen ist, und heute eine Anzahl Unternehmer unter dem damals normirten Lohnsatz von 60 Pf. Stundenlohn zahlen. Aufgabe der Berliner Zimmerer sei es, letzteres in Zukunft zu verhindern, damit man bei günstiger Bauhäufigkeit nicht immer wieder von vorn anfangen brauche. Hierzu sei jedoch nothwendig, daß die Berliner Zimmerer in andere Bahnen als sie bisher gewandelt, eintreten. Die mißlichen Organisationsverhältnisse einerseits, sowie die Verkennung der wirk- lichen Zustände im Zimmergewerbe in Deutschland bedingen es, daß es bisher noch nicht gelang, bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Die kulturelle und industrielle Entwicklung, sowie die Verbesserung und Vervollständigung der Verkehrs- wege machen es heute nicht nur jedem Arbeiter leicht, nach den Orten, wo bessere Löhne gezahlt werden, hinzugehen, auch die Unternehmer in unserm Beruf brauchen diesen Weg, um die Arbeit dort fertigstellen zu lassen, wo sie billigere Arbeits- kräfte finden. Aus diesem Grunde allein schon sei es nothwendig, daß sich die Bewegung über die Grenzen des einzelnen Ortes hinaus erstrecken müsse. In demselben Maße

wie dieses geschehe, werde sich auch eine stabilere Bewegung in Berlin entwickeln. Diesen so sehr beachtenswerthen Faktor habe man in den letzten beiden Jahren unter dem System der Lohn- kommission garnicht berücksichtigt und daher sind auch die Erfolge so gering. In Zukunft müsse die Zentralorganisation, durch welche allein nach obiger Richtung hin etwas zu erzielen ist, mehr geträgt werden und damit sei auch die Ant- wort auf die Frage, wie erzielen wir bessere Erfolge im Kampfe gegen das Unternehmertum gegeben. Als erster Redner in der Diskussion betonte Weber, als vorjähriges Lohn- kommissionsmitglied habe er die Erfahrung gemacht, daß das be- stehende System der Öffentlichkeit nicht ausreiche, um einen Streik siegreich durchzuführen, was schon daraus hervor- gehe, daß von den 1100 Zimmerern, welche Karten von der Lohnkommission entnommen hatten, aber keiner Organisation angehörten, nur 180 ihre Schuldigkeit gethan haben. Rickert, Petermann, Peterreit und Stehr sprachen sich ebenfalls im Sinne des Referenten aus. Lehner hob hervor, daß die Verhandlungszimmerer die Lohnkommission nur aus dem Grunde unterstützt haben, um den Streik zwischen beiden Organisationen während der guten Bauhäufigkeit nicht in den Vordergrund treten zu lassen. In Zukunft müsse die Organisation über das, was geschehen solle, zu bestimmen haben. Es wird schließlich einstimmig beschlossen, unter allen Umständen an der in der letzten öffentlichen Versamm- lung von Knäuper gestellten Resolution fest zu halten. Ferner erklären es die Verhandlungszimmerer für ihre Pflicht, überall für den Stundenlohn von 60 Pf. einzutreten. Zum 2. Punkt der Tages- ordnung weist Knäuper auf den Beschluß vom 21. v. M. hin, welcher es jedem Mitglied zur Pflicht macht, dem Sammelfonds beizusteuern und dafür zu agitieren. Jeden Sonnabend müsse abgerechnet werden und jeder Arbeitslose hat seine Karte in den letzten 3 Tagen der Woche zur Abstempelung vorzulegen. Weiter haben die Verhandlungszimmerer überall Plak-Veranstaltungen zu wählen, welche für den Vertrieb der Karten, sowie für Ordnung der Wäcker zu sorgen haben.

Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur. (Abtheilung Berlin.) Heute, abends 8 1/2 Uhr, Gesellschaft 10/11. Soziale Gruppe. Vortrag: Rechtsanwalt Dr. Brockauer: Die Organisation der Armenpflege. Korreferat: Frau Dr. Franke Scherwin. — Diskussion.

Zentralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands (Mitgliedhaft Berlin.) Heute, abends 8 1/2 Uhr, bei Schiller, Rosenhaldenstr. 67: Vortrag. Wählwünschen.

Zentralverband der Handlaren. Heute abends 8 1/2 Uhr, bei Schiller, Rosenhaldenstr. 67: Mitgliederversammlung. Die Mitglieder werden dringend er- sucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Wählwünschen.

Verein für Körper- und Naturheilkunde. Heute, abends 8 Uhr: Vortrag des Herrn Grundmann über: „Baugen, Nieren- und Gesehts- krankheiten.“

Geselliger Verein Helioleop. Heute abends 8 Uhr bei Hofel, Dissenbach- str. 24. Sitzung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet bis zum 5. März am Montag, Donnerstag und Sonnabend abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr statt.

G. W. Sie sollten die Angelegenheit zunächst dem Vorstand Ihrer Gewerkschaftsorganisation unterbreiten.

G. Th. 1. In sechswochentliche Kündigung zum Quartalsfeste. 2. Wenn das jährliche Gehalt 2000 M. nicht übersteigt. Krankenversicherungsgesetz. — **M. D.** 1. Nein, ja bei einem öffentlichen Vergnügen. 2. Ist keine Beleidigung. — **G. 100.** Die Kündigung am 29. Dezember ist recht- zeltig. Der Vertrag geht am 1. April zu Ende. — **W.** Vaugenflisa. Wenn die Kasse nicht genehmigt, bleibt nur die Klage beim Magistrat. Ein Rechtsanwalt ist dazu nicht erforderlich. — **M. W.** Die fr. Be- strafung ist kein Hindernisgrund zur Erlangung der Schenkerlaubnis. —

Witterungsbericht vom 16. Februar 1898, 8 Uhr morgens.

Stationen.	Barometer- stand in mm, reduziert auf d. Meeresspiegel.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (0° C. = 32° F.).
Swinemünde	751	SB	4	wolfig	7
Hamburg	754	SB	5	bedeckt	6
Berlin	755	SB	4	bedeckt	8
Wiesbaden	764	SB	2	bedeckt	8
München	767	SB	7	Negen	4
Wien	762	SB	7	Negen	5
Warschau	746	SO	4	bedeckt	-3
Petersburg	760	SO	8	bedeckt	-1
Coit	771	SB	4	heiter	8
Aberdeen	—	—	—	—	—
Paris	770	SB	3	halb bedeckt	9

Wetter-Prognose für Donnerstag, 17. Februar 1898.
Kühler, zeitweise auflarend, vorwiegend noch trübe mit Nieder- schlägen und starken nordwestlichen Winden.

Aussergewöhnliches Angebot

nur für heute Donnerstag den 17. Februar.

Gestickte Tüllspitzen Meter 15, 20, 25 Pf.

Glacé-Handschuhe für Damen, farbig mit Raupen 4 Knopf 95 Pf. u. 1.20 Mk.

Warenhaus A. W. Wertheim

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 17. Februar. Opernhaus. Lobelia. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Mutter. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches. Die verjüngte Gode. Anfang 7 1/2 Uhr. Lessing. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. 8. Kathol. Anfang 7 1/2 Uhr. Residenz. Sein Trid. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Die Schilfröde. Anfang 7 1/2 Uhr. Offen. Unter der Polarform. Anfang 8 Uhr. Goethe. Krieg im Frieden. Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller. Hans Wurst in Berlin. Anfang 8 Uhr. Unter den Linden. Fatinka. Anfang 7 1/2 Uhr. Thalia. Das neue Ghetto. Anfang 7 1/2 Uhr. Central. Die Tugendfalle. Anfang 7 1/2 Uhr. Silesen. Sonntagjäger oder Verpfeift. Das Fest der Gode. Anfang 7 1/2 Uhr. Friedrich. Wilhelmshäufchen. Die kleinen Bogabunden. Anfang 8 Uhr. Belle-Alliance. Im Dienst. Anfang 8 Uhr. Alexanderplatz. Berühmte Mädchen. Anfang 8 Uhr. Urania. Taubenstraße 48-49. Anfang 8 Uhr. Invalidenstr. 57-62. Anfang 8 Uhr. American. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Apollo. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr. Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr. Feen-Palast. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller-Theater. (Wollner-Theater). Donnerstag, abends 8 Uhr: Hans Wurst in Berlin. Freitag, abends 8 Uhr: Hans Wurst in Berlin. Sonnabend, abends 8 Uhr: Hans Wurst in Berlin.

Urania

Taubenstr. 48/49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr. — Wissenschaftliches Theater. — Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr: — Ausstellungs-Saal und Vorträge. — Näheres die Tagesanschläge.

Passage-Panopticum.

Im Theatersaal:
Ben Ali Bey,
der orientalische Magier
und die 8 instigen Wienerinnen.

Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165.
Neu!!
Indisch-indianische Gaukler
— und —
Schlangen-Beschwörer.
Das **BÄRENWEIB.**

Reichshallen-Theater.

Leipzigerstrasse 77.
Die burleske Pantomime
Ein ruhiges Zimmer zu vermieten!
bezaubert jeden Hypochonder.
Dazu 30 Kunstkräfte u. neue Debuts.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
Im Reichshallen-Tunnel:
Zwei neue Kapellen.
Sonnabend: Bockbier-Fest.

Feen-Palast

22 Burgstr. 22.
Neu! William u. Merry.
Jameson-Belly-Truppe.
Februar-Programm.
Richard Winkler u. Wilhelm Fröbel
in der einzig dastehenden Operette
Das radelnde Berlin
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntags 8 Uhr.
Entree 30 Pf. bis 1,50 M.
Am 29. Februar: Letzte Vorstellung.
Sonnabend: Bockbier-Fest.

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 219. Dir. J. Gluck.
Granto u. Mand. Les Senett's.
La Loie Fuller
The Milons Mr. Arvey
und
30 hervorragende Künstler.
Kasseneröffnung 6 1/2, Anf. 7 1/2 Uhr.

Neues Olympia-Theater.

(Circus Benz) Karlstrasse.
Bolossy Kiralfy's Konstantinopel.
Grösste Sensation Berlins.
Im Bild: „Alt-Wien“
Neue humorist. Spezialitäten-Revue. — Auftreten der The jolly british girls.
Sensationell!
Im letzten Bilde: Constantinopel
Feuer u. Flammentanz,
ausgeführt nicht von einer Person, sondern von gesammten Ballet-Personal.
ca. 1000 Mitwirkende.
Anf. 8 Uhr. Sonntags 2 Vorst.
Nachm. 1 Kind frei.
Sonnabend, den 19. Februar:
Grosser Masken-Ball
im Stile der berühmten Arion-Bälle in New-York mit grossen Aufzügen, Riesen-Ballet, feenhafter Ausstattung, Ballets des fleurs etc., arrangirt und entworfen vom Direkt. Bolossy Kiralfy, persönlicher Leiter der New-Yorker Arion-Bälle.
6 Musik-Kapellen.
Restauration: Louis Schaurts, Monopol-Hotel, Julius Schütt, Olympia.
Herrnkarten 10 M. Damenk. 5 M. Im Vorverk. Herrnk. 8 M. Es werden auf allgemeines Verlangen eine beschränkte Anzahl Zuschauer-Karten zum Preise von 3 M. ausgegeben.
Anfang 10 Uhr.

Quarg's Vaudeville-Theater

Grand-Hotel Alexanderplatz.
Nur noch 11 Vorstellungen bei den
1. Original-Budapestern
Genie Premieren-Abend.
Sum 1. Rolle:
Joel Geiger.
Charakterbild von Armin.
Der Beheme.
Poffe von Müller.
Avis! Sonnabend, 19. Febr., steht das Vaudeville-Theater geschlossen. Dafür Gastspiel im Reichshallen-Theater.
Maskengarderobe
zu den billigsten Preisen empfiehlt
F. Stenzel,
Rottbuecher Damm 8. II.

Volks-Theater

im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Strasse 97.
Neu! Großer Beifall! Neu!
Die heilige Behme.
Operetten-Burleske in 2 Akten von
Oskar Victor Roscher. — Ferner:
Das neue Mädchen.
Poffe mit Gesang.
Im vorderen Saale:
Tyroler Sänger Alois Ebner.
Anfang: Sonntags 6 Uhr.
Freitag, den 18. Februar:
Benefiz für Oskar Roscher.

Kaufmann's Variété

I. Original-
Budapester
Possen- und Operetten-Theater
Direktion:
Gebrüder Herrfeld.
Novität! Novität!
Von Dreien
der Glücklichenste.
Schwank von Gebr. Herrfeld.
Novität! Novität!
Zum ersten Mal im Variété.
Burleske von J. Armin.
Ferner das brillante Spezialitäten-Ensemble.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf von 11-6 Uhr.

Maehr's Theater

Oranien-Strasse 24.
Täglich:
Theater u. Spezialitäten.
Novität! Koloßaler Erfolg!
Die Nadel- und Radelmadel.
Vollständigt mit Gesang
von Eugen Frey. Pufft v. Otto Tieke.
Anfang: Sonntags 8 Uhr.
Freitag, den 18. Februar:
Benefiz für Oskar Roscher.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Gr. Extra-Theatervorstellung
Eine Berliner Waisfrau
oder: Müller u. Müller.
Schwank mit Gesang in drei Akten.
Vorher:
Verprechen hinterm Herd.
Singpiel in einem Akt.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzen.

Aleazar-Theater.

Dresdenerstrasse 52/53 (Gilly-Passage)
Kunnenstrasse 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Borneischer Familien-Auffensicht.
Neu! Sum 1. Rolle: Neu!
Das Blumengetel
aus Nieder-Schubhausen.
Poffe mit Ges. und Tanz in 1 Akt.
Vorher:
Durchs Schlüsselloch.
Poffe mit Gesang in 1 Akt.
Auftreten
sämmlicher Kunst-Spezialitäten.
Anfang: Sonntags 6 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf. Referat. Platz 50 Pf.
Vorverkaufstagen haben Gültigkeit.

Konzert-haus

Rottbuecher Strasse Nr. 4a.
Sonntags, Dienstags, Donnerstags
Im wunderschönen Monat
Mai.
Hierbei, in 1 Akt v. Studienrod.
Sperling & Sperber.
Lustspiel in 1 Akt von Görner.
Neu: Tom & Tam, die lustigen
Chinesen; Brothers Langs, afrobat.
Clowns; Linda, Humorist.
Entree 30 Pf. Sonntags 50 Pf.
Passepartouts
gelten Wochentags.
Wochent. Anf. 7 Uhr. Vorst. 8 Uhr.
Sonntags Anf. 5 Uhr. Vorst. 6 Uhr.
Nachher: **Grosser Ball.**

Circus Busch

(Bahnhof-Börse).
Donnerstag, 17. Februar 1898,
abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Vorstellung.
Auftreten der großartigen Künstler
Geldwischer Lorch mit ihren herrlichen
Spielern zu Pferde. Die vorzüglichsten
Freiheitsübungen des Dir. Busch. Die
Doggartfahrt mit eigens dazu dress.
Pferde, ausgeführt von Adme. Doré.
Frères Bergers mit ihren künstlerisch
geheilten Normantablous. Auftreten
des vorzüglichsten Schreiters Herrn
Footitt-Burghardt. Moderne Reiter-
spiele. Außerdem Auftreten aller neu
engagierten Künstler, sowie sämmlicher
Clowns u. Kunstge mit ihren neuesten
Späßen.

Zaragoza.

Dir. Bränge; Schauffel des Circus
Busch. Besonders hervorzuheben: Die
wunderlichen Kanarienvögel. Der Sturz
von der 60 Fuß hohen Brücke ins
Wasser. Der pompöse grüne Akt.
Morgen 7 1/2 Uhr: **Humoristische
Vorstellung.**
Genosse (Anwalde) sucht zum 1. März
für 24 M. monatlich Pension, möglichst
2. oder 3. Wahlkreis. — Offerten unter
A. B. 1000 in der Expedition des
„Borsdorfs“, Beuthstr. 2, abzugeben.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
Branche der Musikinstrumenten-Arbeiter.
Sonnabend, den 19. Februar 1898, abends 8 Uhr, bei Möhring,
„Märkischer Hof“, Admiralsstrasse 18c.
Tagesordnung: 1. Diskussion über die Arbeitslosen-Unterstützung.
2. Wahl der Kommission. 3. Verschiedenes.
Die Kollegen von A. Nieber, Gr. Frankfurterstr. 16, sind hierdurch ein-
geladen. 77/15

Morgen, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Beuthstrasse 20-21:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Achtung! Achtung!
Brauerei- u. Bierverlags-Gilfsarbeiter!
Freitag, den 18. Februar 1898, abends 8 Uhr:
General-Versammlung
im „Englischen Garten“, Alexanderstrasse Nr. 27 c.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Dr. Weyl. 2. Bericht des Kassiers und
der Revisoren. 3. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet.
NB. Die Zahlstelle: Gärtnerstr. 10 nach der Frankfurter Allee 51 zu
Bagemühl verlegt worden. Der Vorstand. D. D.

**Verein zur Wahrung der Interessen
der Gast- und Schankwirth**
Berlins und Umgegend.
Freitag, den 18. d. M., nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen Fischer,
Beuthstrasse Nr. 9:
Außerordentliche General-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Statutenänderung. 2. Aufnahme neuer Mit-
glieder. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vorstand. J. A.: Ferdinand Ewald.

Achtung! Zimmerer. Achtung!
Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer
(E. D. Nr. 2 Hamburg). Dertliche Verwaltung Berlin.
Freitag, den 18. Februar 1898, abends 8 Uhr, in den Arminhallen,
Kommandantenstrasse Nr. 20:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1897. 2. Wahl
der Revisoren. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimirt. Der Vorstand.

Restaurant „Müggelgarten“
Birken-Kolonie Rahnsdorf, Dampfstation.
In herrlichem Wald, nahe am Müggelsee gelegen, 10 Minuten Waldweg vom
Bahnhof Rahnsdorf, 1/2 Stunden Fußweg von Friedrichshagen am Strand
des Müggelsees und der Halde entlang. Grosser Garten mit 3 Hallen, Tanz-
saal, Kaffeeküche, Ausspannung, Bade-Anstalt, 2 Kegelbahnen. Gute Speisen,
gut gewähltes Wechsellager etc. zu soliden Preisen. Den geehrten Vereinen und
Gesellschaften zu Ausflügen empfohlen. Bestellungen für Sommervergnügen
nehmen schon jetzt entgegen. 43322*
Kartenschein: Gustav Goldgrube, Tel.: Amt Friedrichshagen Nr. 36.

S. Heine, Inh. H. Stege

14. Chausseestrasse 14.
Lieferant des Berliner Lehrer-Vereins.
Lieferant des Rabatt-Spar-Vereins „Norden“.
Bettfedern und Daun in jeder Preislage, **50 Pf.** an
Pfand von
Fertige Betten, Deckbett, Unterbett und 2 Kissen.
Stand 18 M., 27 M., 38 M., 46 M., 60 M., 74 M. etc.
**Spezialität: Lieferung vollständiger
Ausstern** in jeder Preislage.
**Tischzeuge, Bettdecken, Handtücher, fertige
Bezüge, wss. Deckbett u. 2 Kissen 2,25, bunt 3,20 M.,
Bettlaken, voll, gross, St. 1,05 M.,
Damenhemden mit Spitze, St. 50, 78, 90 Pf.,
m. Achselsehl. u. Handstick 1,35, m. Handlanguettel, 1,45 M.**

Grosser Möbelverkauf.

Neue Schönhauserstr. 2
(früher Rosenthalerstr. 13)
Kauft bürgerliche Wohnungs- u. Einrichtungsgegenstände von 150 M. an.
Nach gebe ich Einrichtungen auf Theilzahlung. Lager gebraucht und
verliehen gewesener Möbel. Eigene Tapezier- u. Dekorations-Werkstatt.
Transport durch eigene Wehmann, auch nach außerhalb.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
**Hoffmann's Quartett
und Humoristen.**
Sonnabend, 19. Februar:
Ballfest
des Prinzen Karneval
bestehend die Verbindung der
Deutschen in Kiotschan
arrangirt vom Tyll Eulenspiegel.
Dienstag, den 22. Februar:
Fastnachts-Soirée mit Ball.
Dazu sind Billetts im Verein junger
Kunstleute, Beuthstrasse; Kaufm. Hilfs-
verein Seydewitzstrasse sowie im Verein
der Handl-Kommis, Hamburg 1850,
Strahlenstrasse, zu haben.

Feuerstein's Festsäle

Alte Jakobstrasse 75.
Juh. Martin Herzberg.
Grosse und kleine Säle zu
Versammlungen ganz ungeteilt, so-
wie zu Sommer- u. Winterfestlich-
keiten h. koulanten Bedingungen

Möbel

verliehen gewesene und neue, stannend
billig, Theilzahlung gestattet.
Beamten ohne Anzahlung. 40552*
**Neue Königstr. 59
u. Gneisenaustr. 15.**

Cognac

selber
zu machen.
Man nehme 1 Originalflasche
Reichel's Cognac-Essenz
für 75 Bg., 1 Liter reinen Weingeist
(Spiritus vini) für RM. 1,40 und
1/2 Liter Wasser. Die Mischung
ergibt ein reines, gekundtes,
wohlbekanntes Getränk von
vollem, herrlichem Bouquet und
hochfeinem Geschmack, welches
durch Lager echten Cognac voll-
ständig gleicht.
Es giebt Nachahmungen, welche
Cognac in nichts gleichen als in der
Farbe und nur Rikhalten erzeugen.
Tausendfach erprobt und aner-
kannt ist nur die unübertreffbare, un-
vergleichliche
Reichel's Cognac-Essenz,
welche echt einzig und allein nur direkt
erhältlich ist bei **Otto Reichel,**
Eisenbahnstr. 4, Henschel-Platz 4, 3190.
Verkaufsstellen nirgends. Jede
Bestellung frei Haus. Die Gebir-
bereitung von Ram, Arac,
Nordhäuser und sämmlichen
Liquoren mit den gleich
geschauten Combinirten Original-
Reichel-Genossen. Prospekt mit
Rezepten gratis und franco.
Nicht vorbeischieben bei
Binnenduse's Zigarrengeschäft,
Schillingstr. 36.

Unserm 73jährigen Kollegen
J. Pade ein donnerndes Hoch zum
heutigen Wegebefest! 346b
Da kam kein Salat.

**Kranken-Unterstützungs-Verein
der Tabakarbeiter Berlins.**
(E. D. 88.)
Sonnabend, 26. Februar, ab 9 Uhr,
bei Feindt, Beuthstr. 11:
Generalversammlung.
Tagesordnung: Rechnungslegung.
Neuwahl des Vorstandes und des
Kassiers. Verschiedenes. 189/1
Der Vorstand: G. Bury.

Die in den Jahren 1891 und 1892
erlebigen Pandemien sollen fast
werden. Wir fordern unsere Auftrags-
geber auf, ihre Aktien bis spätestens
21. Februar cr. schriftlich einzun-
fordern, andernfalls die Kassation be-
wirkt wird. 345b
Berlin, Mohrenstr. 37 II, 15/2, 1898.
Rechtsanwalt u. Notar Dr. Carl Cannedt.
Rechtsanwalt Dr. Georg Mühsam.

Gefangenen-Verein,
gegründ. 1879, sucht himbegabte Mit-
glieder. (1. Tendenz bevorzugt.)
Übungsstunden Dienstag.
Zu mel- **F. Mundt,** Schriftföhrer
des bei **Schleifstr. 9,**
schriftlich oder mündlich. 3186*

Damen — Damen,
welche sich einem Gefangenen-Verein an-
schließen wollen, finden Aufnahme
Freitag abend 9 bis 11 Uhr,
Alexanderstr. 27c, Englischer Garten,
unterer Saal. 65/6
Künstl. Zähne gegen beaueante
billige Theilzahlung. Schmerzlose
Rahnsdorf. **Gesellschaft 92**
(Kosent. Th.) Sprengel-Strasse
9-12, 3-5 Zahnärztlicher Herd, ehem.
Kranken in Wien, Berlin, Stuttgart etc.

Deutscher Vortier
Deffert- u. Watzstrassier 1. Rang.
Brauerei Burghalter, Potsdam,
gegr. 1736, bef. i. G. Bismarck, Braustrasse,
Vielst. Köch. Refektor. d. leicht
bestimmt, nahrh.
frühtigste Bier. —
In städt. best.
best. Weidlich. u.
Gewissungsanhaft.
über 14 J. in
drei, 50 J. in W.
erst im J. 1898
1/2, 1/2 u. Selbst-
abz. weidlich. M.
Allein-Vertrieb
i. Berlin u. Prov.
Vortierleiter
Rigler, Brun-
nenstr. 152.
Nicht-Vertrieb
— Qual. entseht.

Möbel-Verkauf.
Oranienstr. 73, Hof I, in meinem
vier Etagen hohen Speichergebäude
halte ich in überraschend großer Aus-
wahl ganze Wohnungs-Einrichtungen
sowie einzelne Stücke in ganz einfacher
sowie eleganter Ausführung. Vor-
theilhafte Einkaufspreise für Brau-
leute. Theilzahl. gestattet. Beamten
ohne Anzahl. Tägl. Eingang verließen
gewesener u. gebrauchter Möbel aller
Arten zu bill. Preisen. Transport frei
Haus. Berl. Sie bitte mein Verker-
buch mit Abbildungen gratis u. franco.
Kauspreise allen Freunden u. Bekannten
mein **Weiss, Baurischbier-
und gr. Speisegeschäft.** Reich-
haltiges Frühstück von 30 Pf. Mittag
mit Bier 50 Pf. sowie Abendbrot à la
carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer
mit Klavier für 20-50 Personen.
H. Stramm, Ref. Ritterstr. 123.

Künstliche Zähne.
H. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.
*) Theilzahlung pr. Woche 1 M.
Zigarren-Geschäft im Sadohen,
schon lange Jahre im selben Hause,
gute Gegend, Umstände halber billig
zu verkaufen. Offerten Bräun-
strasse 27 im Comptoir von Gebr.
Tellschow erbitten. 344b

Masken
elegant und billig, verleiht
Ferdinand Henke,
Deunewitzstr. 1.
Goldabfälle.
Gold, Silber, Kupfer, Zinn, Messing,
Wasser u. Brillanten faust die Schmelze
Anhalt Zinnerstr. 32. (43052*)

Arbeitsmarkt.
Achtung! Rabbit-Deher.
Da ich mit der Firma Zöllner
u. Komp. eine Einigung in dem
Stunde des Verammlungsbeschlusses
vom 15. d. M. nicht erzielen lich,
werden die Kollegen ersucht, bis
mit weiterer von der Firma den 25/3
Zuzug fernzuhalten.
J. A.: **Der Betrannemann.**
Berggasse, Harbmannstr. 18
Rechtsanwalt, GutsMuthstr. 1a.
Verküherer
auf Karten verlangt Goldbleiben
Dresdenerstr. 35. 349b
Tüchtige **Barockgoldarbeiter** verl.
Goldbleibenfabrik Dammstr. 5. 1852b
Arbeiterin auf Blouen u. Kostüme
im Hause verlangt. 351b
Simonstr. 16a.
Parbiamacher auf Beilen verlangt
Rixdorf, Seckauerstr. 4. 353b